

Grundlagentexte

der Ausstellung «fascho! berichte aus dem alltag»

19. September 2007

Copyleft

Die Beiträge dürfen mit Quellenangabe versehen zur nicht-kommerziellen Veröffentlichung weiterverwendet werden. Wenn Texte oder Bilder veröffentlicht werden sollen, ersuchen wir um eine Benachrichtigung per E-Mail (an: verein@fascho-dieausstellung.ch) und die Zusendung eines Belegexemplares (an: VFAA, Postfach 1758, CH-8026 Zürich).

Das Kollektiv der AusstellungsmacherInnen.

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	4
1.1	Zum Ausstellungstitel	4
1.1.1	Von Faschismus reden?	4
1.1.2	Nicht einfach faschistisch	4
1.1.3	"fascho!" ist...	5
1.1.4	Bezüge zwischen den einzelnen Feldern	7
1.2	Faschismus-Diskussion	8
1.3	Erinnerungspolitik	9
2	Begriffe und Ideologien	12
2.1	Antijudaismus und Antisemitismus	12
2.1.1	Christlicher Antijudaismus	12
2.1.2	Moderner Antisemitismus	12
2.1.3	Rassistischer Antisemitismus	13
2.1.4	Sekundärer Antisemitismus	13
2.1.5	Antisemitismus und Nahostkonflikt	14
2.2	Rassismus und Ethnizität	15
2.2.1	Rassismus	15
2.2.2	Struktureller Rassismus	16
2.2.3	Migrationsmanagement	17
2.2.4	Ethnisierung (des Sozialen)	18
2.2.5	Nationalstaat und Volk	19
2.2.6	Sozialdarwinismus	20
2.3	Ideologie von der Arbeit	21
2.4	Sexismus	22
2.5	Homophobie	22
3	Historisches	24
3.1	Italien	24
3.1.1	Faschismus in Italien	24
3.1.2	Die faschistische Gesellschaft	25
3.1.3	Italien im 2. Weltkrieg	26
3.1.4	Die ersten Nachkriegsjahre	27
3.2	Spanien	28
3.3	Japan	28
3.3.1	Der japanische Tenno-Faschismus	28
3.3.2	Zeittafel Japan	29
3.4	Deutschland	30
3.4.1	Nationalsozialismus	30
3.4.2	Holocaust / Shoa	31
3.4.3	Die "Stunde Null"	32

3.4.4	Und die Schweiz?	33
3.5	Schweiz	34
3.5.1	Nationale Erneuerung / 1890-1919	34
3.5.2	Frontenfrühling / 1930-1935	35
3.5.3	Geistige Landesverteidigung / 1937-1945	36
3.5.4	Kalter Krieg / 1945-1965	37
3.5.5	Rechtspopulismus / 1965-	38
4	Aktuelles: Neonazismus	40
4.1	Neonazis in der Schweiz	40
4.1.1	Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)	40
4.1.2	Neonazi-Aktivitäten in Zürich	40
4.2	Musik	41
4.2.1	White Noise	41
4.2.2	Rechts-Rock – ein Musikstil?	42
4.2.3	"Dissens" – der Name ist Programm	43

1 Allgemeines

1.1 fascho! – Ein Debattenbeitrag zum Ausstellungstitel

"fascho! berichte aus dem alltag" – Welche Überlegungen hinter diesem Ausstellungstitel stehen und mit welchen politischen Überzeugungen und Ideen das Kollektiv an die Gestaltung der Ausstellung herangegangen ist, versuchen wir im folgenden Text darzulegen.

1.1.1 Von Faschismus reden?

Können wir von "Faschismus" oder "faschistischen Zuständen" reden, wenn wir die Gegenwart zu beschreiben versuchen? Sind aktuelle Phänomene wie die zunehmende Präsenz "neo-nazistischer" und -"faschistischer" Gruppen seit den 1980er Jahren, das erschreckend xenophobe Abstimmungsverhalten der SchweizerInnen im letzten Herbst oder die "Missbrauchs"-Debatte im Zusammenhang mit der IV-Abstimmung vom 17. Juni mit diesen Begriffen sinnvoll oder auch nur annähernd zu beschreiben? Wäre dies nicht ein äusserst fragwürdiges Vorgehen angesichts der Massenmorde, welche von und in den faschistischen Ländern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begangen wurden? Und leben wir in unserer heutigen Gesellschaft nicht tatsächlich wesentlich anders zusammen, sodass unser Leben nicht beschrieben werden könnte, würde man jene Begriffe wieder verwenden? Von solchen Fragen waren die Arbeit an der und die Diskussionen über die geplante Ausstellung "fascho! berichte aus dem alltag" von Anfang an bestimmt. Die Antworten und die auf dieser Basis gemeinsam erarbeiteten politischen Positionen haben das Ausstellungskonzept wesentlich geprägt und sind als Beitrag zu einer dringend nötigen Debatte zu verstehen. Diese zu führen muss nicht nur für die theoretisch interessierte radikale Linke ein zentrales Anliegen sein.

1.1.2 Nicht einfach faschistisch

Wir denken, dass die Debatte letztlich drei zentrale Felder berührt. Erstens geht es um die Bewertung "neo-faschistischer", "neo-nazistischer" und anderer rechter Ideologien und Bewegungen. Sollen sie als "Randphänomen" abgetan werden, das keine weitere Beachtung verdient? Oder müsste nicht eher danach gefragt werden, welche impliziten Funktionen sie womöglich in unserer Gesellschaft erfüllen? Zweitens ist die Rolle bestimmter Diskurse und Fragmente von Ideologien zu untersuchen. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Diskussionen über den "Wert" des Lebens sind nach wie vor weit verbreitet. Es fragt sich, welche Bedeutung die Tatsache hat, dass sie auch zentrale Bestandteile faschistischer Ideologien waren, wenn sie beschrieben und Gegenstrategien ausgearbeitet werden sollen. Drittens muss diskutiert werden, wie bestimmte Politiken und Praktiken wie die gegenwärtige repressive Migrations- oder Behindertenpolitik bewertet werden sollen. Auch wenn die Motivationen dabei nicht unbedingt dieselben sind wie jene der faschistischen TäterInnen, so führen sie doch teilweise zu ähnlichen Ergebnissen. Inwiefern, so lautet hier die Frage, können Politiken und Praktiken aus verschiedenen historischen Epochen miteinander verglichen werden, die auf der Ebene der Phänomene, nicht aber auf der ideologischen Ebene Gemeinsamkeiten aufweisen?

Hinter all diesen Debatten steht die grundlegende Frage, inwiefern Faschismus-Theorien und der Vergleich mit historischen Faschismen für die Analyse der gegenwärtigen Situation geeignet sind. Es scheint uns eine dringliche Aufgabe zu sein, die Rede über "Faschismen" und "faschistische" Merkmale unserer Gesellschaft zu differenzieren und zu systematisieren. Während diese Begriffe bei jeder Gelegenheit in den Mund genommen werden, fehlt eine gründliche Auseinandersetzung mit ihnen wei-

testgehend. Die akademische Diskussion, die selbst leider in der Regel vollständig der praktischen Dimension entbehrt, wird nicht oder kaum rezipiert. Dies führt dazu, dass die Begriffe an kritischer Schärfe verlieren. Sie drohen zu Allerweltsfloskeln am linken Stammtisch zu werden, die nicht mehr geeignet sind, aktuelle wie historische Phänomene und Ereignisse differenziert zu beschreiben. Darüber hinaus werden sie mehr und mehr von ihren historischen Bezügen gelöst, was letztlich die Besonderheit der geschichtlichen Faschismen zu relativieren droht. Gegen solche Tendenzen gilt es anzugehen.

Trotzdem haben wir bewusst den Titel "fascho! berichte aus dem alltag" für unsere Ausstellung gewählt. Die umgangssprachliche Wendung "fascho!" erlaubt es uns zunächst einmal, von alltäglichen Beobachtungen und spontanen Interpretationen auszugehen. Sie steht für eine unreflektierte, emotionale, aber grundsätzliche Missbilligung verschiedener Äusserungen und Handlungen in der Gegenwart und wird für alle drei skizzierten Felder verwendet. Es ist zwar unverkennbar, dass "fascho!" auf den Begriff "Faschismus" zurückgeht, gleichwohl ist die Bedeutung so stark von dieser konkreten Herkunft entfernt, dass nicht gleich an "Faschismus" gedacht werden muss, wenn jemand "fascho!" sagt. Ohne sich direkt an Faschismus-Konzepte oder Beschreibungen historischer Faschismen anzulehnen, behauptet der Ausruf, dass es Beziehungen zwischen den drei Themenfeldern gebe, die möglicherweise irgendetwas mit "Faschismus" zu tun haben.

Genau dies war die Ausgangsfrage des Ausstellungsprojektes: Könnte es nicht sein, dass die gemeinhin mit "fascho!" beschimpften Phänomene mehr miteinander zu tun haben, als es die KritikerInnen einer unreflektierten Wortwahl zugestehen wollen? Während jene "ernsthaften" DiskussionsteilnehmerInnen bei Wörtern wie "fascho!" erschauern würden, haben wir uns gefragt, ob nicht gerade die Kritik an diesem Schlagwort einen Blickwinkel verhindert, der die damit bezeichneten Phänomene zu einander in Bezug setzt. Die Anrufung "fascho!" dient uns somit als Instrument, mit dem wir unser sehr heterogenes Material nach Gemeinsamkeiten und Bezügen untersuchen und die Frage nach dem "Faschismus" stellen können.

1.1.3 "fascho!" ist...

Mit "fascho!" bezeichnen wir zunächst das Phänomen "neonazistischer", "-faschistischer" und ähnlicher Organisationen, Gruppen, Subkulturen und Denkweisen, mit dem wir uns seit gut zwei Jahrzehnten konfrontiert sehen. Trotz Rückschlägen formieren sich diese Gruppen immer wieder neu und dominieren mittlerweile die Jugendkulturen ländlicher Gegenden. Auch in den Städten werden sie immer wieder sichtbar. Ob diese Gruppen eine "Randerscheinung" sind oder nicht: Sie sind überall eine reale Bedrohung für all jene Personen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Das Wort "fascho!" soll zweitens auch jene Diskurse denunzieren, welche zentrale Bestandteile der Ideologie historischer Faschismen waren. Auch nach dem Ende der faschistischen Diktaturen haben sie sich in verschiedenen Debatten gehalten und wurden ständig weiterentwickelt. Dazu zählen etwa gewisse Formen des alltäglichen Rassismus; die Tatsache, dass laut Umfragen ein nicht unerheblicher Anteil der EinwohnerInnen der Schweiz der Ansicht ist, Juden hätten zu viel Einfluss; Aspekte der heutigen Bevölkerungspolitik mitsamt bestimmten eugenischen Forderungen; das Wiederaufkommen eines nationalistischen Denkens, das sich unter anderem auf eine "Blut und Boden"-Argumentation stützt ("nur wer immer schon SchweizerIn war, ist es auch wirklich"); die Vorstellung von der "Einheit" des "Volkes", welche Klassen- und andere Antagonismen gezielt ausblendet. Verschiedene dieser Aussagen und Denkweisen wurden noch vor einiger Zeit lediglich in der "rechten Schmutzdecke" weitergegeben; heute sind sie zum Allgemeingut geworden. Dasselbe gilt auch für gewisse Symbole und Metaphern wie

die antisemitische Rede von den "Heuschrecken" oder aktualisierte Formen der nationalsozialistischen Unterscheidung zwischen "raffendem" und "schaffendem" Kapital.

Wir wollen diese Beispiele als Versatzstücke und Weiterentwicklungen faschistischer Ideologien erkenntlich machen. Doch sie sind natürlich nicht an sich "faschistisch", sondern haben meist eine Geschichte, die viel weiter zurückreicht. So geht der moderne Antisemitismus auf den jahrhundertealten christlichen Antijudaismus und dessen religiöse Begründungen zurück. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert erfuhr er unter anderem durch die Biologisierung entscheidende Veränderungen: Es wurde eine "jüdische Rasse" konstruiert, die angeblich unveränderliche, weil angeborene Eigenschaften aufweist. Solche Diskurse konnten vom faschistischen Denken aufgenommen und weiterentwickelt werden.

Die konkrete Form dieser Veränderungen zu bestimmen, ist zweifellos enorm wichtig. Für den vorliegenden Zusammenhang lässt dieses Vorgehen aber einen wesentlichen Punkt aus: Auch wenn die historischen Faschismen nichts Wesentliches an jenen Diskursen verändert haben sollten, so stellt allein die Tatsache, dass sie in faschistischen Ideologien verwendet wurden, eine entscheidende Veränderung dar. So hat der Nationalsozialismus beispielsweise ein ausgebildetes System antisemitischen Denkens und Handelns übernehmen können, das er dann in seiner mörderischen Konsequenz umsetzte. Ein weiteres Beispiel sind eugenische Programme, die zunächst durchaus auch von "humanitären" Vorstellungen begleitet waren. Nach den nationalsozialistischen Massenmorden kann die immanente Gefahr solchen Diskurse aber nicht mehr geleugnet werden.

Noch deutlicher wird dies auf einer anderen Ebene: Ästhetiken und Symbole historischer Faschismen wie die Sig-Rune und das Hakenkreuz sind zwar allesamt älter als der Nationalsozialismus, heute sind sie jedoch durch diesen gewissermassen 'überdeterminiert'. Das heisst, sie sind immer schon durch ihre Geschichte diskreditiert, die eben auch die Geschichte ihrer Verwendung für faschistische Propaganda ist. Genau deshalb sind sie "fascho!" und es sollte zumindest BewohnerInnen der "westlichen" Welt heute nicht mehr möglich sein, sie ohne den Faschismus zu denken!

Wir wollen jedoch drittens – und das dürfte die umstrittenste Anwendung von "fascho!" sein – das Feld der Untersuchung noch weiter öffnen: Auf Ausschluss, Verwertung oder eine verkürzte Kapitalismuskritik abzielende Argumentationen, Politiken und Praktiken müssen sich nicht in jedem Fall auf Elemente "faschistischer" Ideologien beziehen. Trotzdem zeigen sie Effekte, die uns an Berichte aus faschistischen Diktaturen erinnern. Ein gutes Beispiel dafür ist die bereits erwähnte Behindertenpolitik. Deren Resultate sind auf einer phänomenalen Ebene durchaus vergleichbar mit faschistischen eugenischen Programmen. So werden allgemeine gesellschaftliche Vorstellungen davon durchgesetzt, was denn ein "gutes" Leben sei – teilweise sind gar die Argumente dafür dieselben wie diejenigen der historischen Vergleichsgrössen: Damals wie heute finden wir die Aussage, dass es darum gehe, "Leiden" zu verhindern. Es wäre jedoch vermessen, den VertreterInnen dieser Politiken eine "faschistische" Gesinnung zu unterstellen. Sie denken und handeln nach einem Kalkül der Optimierung – sei es des Lebens der Betroffenen oder der Staatsfinanzen –, jenseits dessen es keine umfassende Ideologie gibt, die sie dazu verleiten würde. Die Normen werden kaum mehr durch offene Repression durchgesetzt. Vielmehr liegt die Wahl bei den Betroffenen selbst, doch wie so oft besteht deren Freiheit lediglich darin, die Notwendigkeit einzusehen.

Mit der Benennung als "fascho!" soll genau dieser Tatsache Rechnung getragen werden. Es geht uns nicht darum, lineare Verbindungen zwischen Fragmenten faschistischer Ideologie und solchen gegenwärtigen Politiken und Praktiken zu ziehen. Ein direkter Bezug zwischen damals und heute lässt sich nicht herstellen. Unsere "neo-liberale" oder "spät-kapitalistische" Gesellschaft ist nicht faschistisch! Trotzdem sind phänomenale Ähnlichkeiten nicht einfach irrelevant. Die Benennung als "fascho!" weist

darauf hin, dass hier etwas nicht stimmt. Ohne eine Übereinstimmung zu behaupten, formuliert sie aus der historischen Erfahrung heraus eine Vorsicht gegenüber gegenwärtigen Tendenzen und ermöglicht eine grundsätzlich kritische Haltung. Spezifische historische Situationen wiederholen sich nicht einfach, aber der Bezug auf die Geschichte schärft den Blick für Ähnlichkeiten zwischen heutigen und damaligen Prozessen und Praktiken. Durch die Methode des Vergleichs lassen sich heutige Selbstverständlichkeiten in ein anderes Licht rücken. In diesem Sinne geht es uns um ein "devoir de mémoire" (eine Pflicht zu erinnern), das sich jedoch als Handeln in der Gegenwart versteht, indem es die historische Besonderheit der je aktuellen gesellschaftlichen Situation ernst nimmt.

1.1.4 Bezüge zwischen den einzelnen Feldern

Damit kommen wir auf die Frage zurück, inwiefern durch die Denunziation aktueller Zustände als "fascho!" tatsächlich bestehende Bezüge zwischen den einzelnen oben skizzierten Feldern benannt werden. Klar ist zum einen, dass oftmals faschistisch überdeterminierte Diskurse verwendet werden, um bestimmte Politiken durchzusetzen. So werden, um beim bereits erwähnten Beispiel zu bleiben, Menschen mit einer Behinderung nicht nur von nationalkonservativen Kreisen wie der SVP mit einem Vokabular bedacht, das deutliche Anleihen an in faschistischen Gesellschaften verbreitete Metaphoriken aufweist. Wer von "SchmarotzerInnen" und "ParasitInnen" spricht, bezieht sich nicht einfach auf neutrale Begriffe aus dem Biologie-Unterricht, sondern auf eine lange Geschichte von deren Verwendung. Unter anderem waren sie Bestandteil der Propaganda für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Haben auch die Ziele der heutigen Behindertenpolitik - zumindest aus staatlicher Sicht - sicherlich nichts mit der Euthanasie zu tun, so stellen jene Argumente eine Verbindung her, die nicht mit dem Argument, dass die Ziele doch andere seien, unter den Tisch gewischt werden darf. Die Absicht besteht ohne Zweifel 'nur' darin, die staatliche Verwaltung von "Behinderung" zu "optimieren". Bei den Anleihen aus jenen Diskursen handelt es sich um ein gefährliches und letztlich nicht kontrollierbares Spiel mit dem Feuer.

Zum anderen können auch die allgemeinen politischen Programme von Parteien wie der SVP nicht als "faschistisch" bezeichnet werden. Die von ihren Wortführern und Texten bemühten Diskurs-Fragmente mit faschistischer Geschichte dienen ihnen jedoch dazu, den WählerInnen einfache und die bestehende Ordnung nicht gefährdende Erklärungen für jene gesellschaftlichen Veränderungen zu liefern, die sie beunruhigen und beängstigen – und man könnte hinzufügen: als Konsequenz dieser Politiken auch beunruhigen und beängstigen sollen. Auch hier gilt, dass sich die Ergebnisse dieses Spiels nicht kontrollieren lassen. Das Herumexperimentieren mit Rassismus und anderen Diskursen kann schnell eine tödliche Eigendynamik entwickeln.

Neonazis und ähnliche Gruppierungen fügen sich ausgezeichnet in diese Situation ein. Sie dienen einerseits der "bürgerlichen" Rechten als Alibi. Sie kann Empörung heucheln, wenn beispielsweise Neonazis und "PatriotInnen" am Nationalfeiertag auf dem Rütli aufmarschieren. Indem man diese dann lautstark als "extreme" Gruppen bezeichnet, lässt sich leicht verbergen, dass man selbst ganz ähnliche Positionen vertritt – lediglich mit weniger Säbelrasseln und besser integriert. Auf diese Weise werden die verbalen und tätlichen Provokationen neonazistischer Gruppen dazu verwendet, neu-rechtes Gedankengut subtil in der "bürgerlichen" und "demokratischen" Mitte salonfähig zu machen. Dass es jedoch sehr wohl auch direkte Überschneidungen gibt, zeigen Publikationen wie "Nation und Europa", personelle Überschneidungen zwischen bürgerlichen Parteien und neonazistischen und ähnlichen Gruppen sowie bürgerliche PolitikerInnen, die rechten Publikationen Interviews geben. Auch wenn sich Neonazis unter ihren Mitgliedern befinden, ist die SVP jedoch keine Partei von Neonazis; wohl aber

verwendet sie gewisse Versatzstücke aus deren Denken – und dies sehr bewusst. Die Neonazis wiederum nutzen die durch Parteien wie die SVP lancierten Themen, um sich selbst für breitere Schichten attraktiv zu machen. Es handelt sich bei ihnen also keineswegs bloss um ein "Randphänomen". Auch wenn ihre direkte politische Bedeutung gering ist, so erfüllen sie doch eine wichtige Funktion für die Durchsetzung neu-rechter gesellschaftspolitischer Agenden. Genau deshalb ist es nicht damit getan, in klassischer SozialarbeiterInnen-Manier die Neonazis verstehen und psychologisieren zu wollen. Auf diese Weise wird nicht nur ausgeblendet, dass die TäterInnen sehr wohl selbst für ihre Taten verantwortlich sind und gemacht werden sollen. Verunmöglicht wird auch der Blick auf ihre Funktion für die (Re-) Strukturierung des gesamten politischen Felds sowie ihre reale Bedrohlichkeit für verschiedene Gruppen von Personen.

Die Berücksichtigung dieser Herangehensweise hat wichtige Konsequenzen für die Erklärung des Phänomens neofaschistischer und neonazistischer Gruppen. Es reicht nun nämlich nicht mehr aus, einfach deren explizit geäußerte ideologische und historische Referenzpunkte aufzuzeigen, wie es viele andere Aus- und Darstellungen tun. Wenn wir solche Gruppen und Personen oder deren Denken beschreiben wollen, dann bewegt sich die Analyse in einem gesellschaftlichen Feld, das ein wesentlich anderes ist als dasjenige Italiens, Deutschlands oder Spaniens der Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs. Auch der Bezug auf die "Fronten" der 1930er Jahre ist aus dieser Perspektive – jenseits der geographischen Übereinstimmung – keineswegs so offensichtlich, wie es die ProtagonistInnen manchmal selbst zu behaupten versuchen. Anstatt die Verbindungen und Kontinuitäten als gegeben anzunehmen, muss eine historische Darstellung deshalb zuerst die Frage stellen, ob sich solche Bezüglichkeiten wirklich aufzeigen lassen und wie sie genau aussehen. In anderen Worten: Bevor die historischen "Vorläufer" und Vorbilder heutiger Neonazis bezeichnet und beschrieben werden, muss geklärt werden, inwiefern sich das Phänomen des Neonazismus mit historischen Bewegungen und Organisationen überhaupt vergleichen lässt.

Wenn wir im Rahmen unserer Ausstellung den Begriff "fascho!" verwenden, so geschieht dies immer vor dem Hintergrund dieser Überlegungen. "fascho!" bezeichnet somit nicht einfach eine Vermischung verschiedener politischer Programme, Organisationen und Denkformen, sondern ein – nicht immer aufgehendes – Puzzle, in welchem jeder Teil – faschistisch überdeterminierte Diskurse, Neonazis und "neo-liberales" Optimierungshandeln – ihren Platz haben und unterschiedlichen Funktionen erfüllen. Das wesentliche Ziel der Ausstellung ist es, diese Anordnung zu thematisieren und zur Diskussion zu stellen. Wir wollen darüber hinaus aufzeigen, dass solche Zusammenhänge bis weit nach links übersehen werden. So ist nicht zuletzt die (mit-) regierende "Sozialdemokratie" eine der grössten VerfechterInnen einer Politik der Gleichsetzung der "Extreme", welche ein Nachdenken über die eigenen Denkweisen und Politiken verhindert. Anstatt Alternativen zu entwerfen, hat sie es zu verantworten, dass neu-rechte Ideologien zunehmend in salonfähig werden.

1.2 Faschismus-Diskussion

Unmittelbar nach dem Erstarken der ersten faschistischen Bewegungen in den zwanziger Jahren, ist es zu verschiedenen Versuchen gekommen dieses Phänomen zu deuten. Faschismustheorien ist aber stets die Gefahr inhärent, dass sie den Begriff verkürzen, diesen inflationär gebrauchen oder für eigene Zwecke instrumentalisieren. So greifen GLOBALTHEORIEN des Faschismus meistens zu kurz, da sie zum Beispiel die Vernichtung der Juden und Jüdinnen durch Nazi-Deutschland nicht erklären können oder als nebensächliches Phänomen betrachten. Der Kommunist Dimitroff zum Beispiel definiert den Faschismus als "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten

imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." Diese Sicht ging in die Geschichtsschreibung der so genannten realsozialistischen Länder ein und wurde von der Kommunistischen Internationalen seit 1935 offiziell vertreten.

Aber auch die so genannte TOTALITARISMUSTHEORIE verkürzt den Faschismus. Sie wertet, von der liberalen Demokratie ausgehend, den Faschismus als besonders autoritäres Gegenkonzept zur eigenen Ideologie. Da sie die faschistischen Diktaturen tendenziell mit den kommunistischen gleichsetzen konnte, wurde diese Doktrin vor allem während des Kalten Krieges sehr populär. In Deutschland erlebte sie Ende der achtziger Jahre einen neuen Aufschwung, um "Deutschland" von der historischen Schuld zu entlasten, indem es als Opfer zweier Diktaturen dargestellt wird. Die Totalitarismustheorie wurde dadurch ein wichtiger Pfeiler geschichtsrevisionistischer Theorien der Neuen Rechten, die bis weit in die Gesellschaft hinein Akzeptanz finden.

Andere Definitionen gehen davon aus, dass der Faschismus nur schlecht auf den Punkt gebracht werden kann, da er eher "eine Collage aus verschiedenen philosophischen und politischen Gedanken, ein BIENENKORB AN WIDERSPRÜCHEN" (Umberto Eco) ist, als eine geschlossene Ideologie. Diese Widersprüche versuchte der Politikwissenschaftler Matthew Lyons zu fassen, der den Faschismus als eine Form aggressiver rechter Ideologie definiert, welche die Nation oder Rasse als organische Gemeinschaft, die alle anderen Loyalitäten übersteigt, verherrlicht. Er betont den Mythos von nationaler oder rassischer Neugeburt nach einer Periode des angeblichen Niedergangs oder Zerfalls. Deshalb fordern faschistische Bewegungen eine "spirituelle Revolution" gegen Zeichen moralischer Dekadenz wie Individualismus und Materialismus und zielen darauf, die organische Gemeinschaft von "andersartigen" und dementsprechend bedrohlichen Kräften und Gruppen, zu reinigen. Faschismus tendiert dazu, Männlichkeit, Jugend, mystische Einheit und die erneuernde Kraft von Gewalt zu verherrlichen. Oft – aber nicht immer – unterstützt er Lehren rassischer Überlegenheit, ethnischer Verfolgung, imperialistischer Ausdehnung und Völkermord. Faschismus kann aber auch internationalistische Formen annehmen, die entweder auf rassischer oder auf ideologischer Solidarität über nationale Grenzen hinweg beruht. Normalerweise verschreibt sich Faschismus offener männlicher Vorherrschaft, obwohl er auch manchmal weibliche Solidarität und neue Möglichkeiten für Frauen einer privilegierten Nation oder Rasse unterstützen kann.

Die zentrale Frage für die RELEVANZ DES FASCHISMUS ist, ob er sich in die Geschichte der Moderne einschreibt, oder als eine separate Epoche verstanden wird. Eine Epoche, die sich als "backlash", als Rückfall in vormoderne Verhältnisse in eine – anscheinend – doch wunderbare Zeit des Fortschritts und der Aufklärung einfügt. Wird der Faschismus hingegen als ein zutiefst modernes Phänomen betrachtet, ist er Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Faschismus ist somit tendenziell auch künftig eine Gefahr, wenn auch in einer anderen Form. Unter diesen Bedingungen muss eine Faschismustheorie die Voraussetzung für eine Kritik der Gesellschaft bilden, um Kontinuitäten in der bürgerlichen Gesellschaft erkennen und Brüche analysieren zu können.

1.3 Erinnerungspolitik – an den NS-Faschismus erinnern

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist zentral für die politische Haltung in der Gegenwart. 60 Jahre nach der Niederlage Nazi-Deutschlands gewinnen im wiedervereinten Deutschland Tendenzen wieder vermehrt an Boden, welche die NS-Verbrechen relativieren: Breite Schichten der deutschen Gesellschaft streben eine Gleichsetzung der deutschen Kriegsoffer und der "Vertriebenen" mit den Opfern des nationalsozialistischen Terrors und des faschistischen Angriffskrieges an.

Aber auch im Land der Bankiers des NS-Regimes und nicht nur im Deutschland der TäterInnen ist es wichtig die Erinnerung an die Shoa zu bewahren. Denn: wer sich erinnert und wie erinnert wird, ist zentral für die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit. Sich an den NS-Faschismus erinnern heisst in einem doppelten Sinne: "Kein Vergessen". Kein Vergessen aller Opfer des NS-Faschismus und auch keine Hierarchisierung der Opfer. Kein Vergessen aber auch den TäterInnen gegenüber. Denn wenn TäterInnen nicht benannt werden, gibt es auch keine Opfer. Auch in der Schweiz ist es wichtig, dass emanzipatorische Kräfte in die gesellschaftliche Auseinandersetzung des Erinnerns eingreifen. Sie können dabei helfen Extremismustheorien als Konstrukte der Neuen Rechten zu demaskieren, zu wissen wohin Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus führen können und den Blick für NS-Ideologiefragmente zu schärfen.

Wenn Christoph Blocher in seiner Gedenkrede zum 60. Jahrestag des Kriegsendes für die damalige Schweiz "Respekt, Hochachtung und Bewunderung" verlangt, und gleichzeitig im Hinblick auf die Schengen-Abstimmung fordert: "wieder Grenzen zu setzen, Grenzen zu respektieren und den Respekt vor Grenzen einzufordern", hinterlässt dies – im Kontext der Einführung des Judenstempels 1938 und der Schweizer Grenzschiessung von 1942 – mehr als einen schalen Nachgeschmack.

Aber nicht nur Blocher, sondern auch der freisinnige Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz äusserte sich 1996 zur Frage der jüdische Konten und des Nazi-Raubgoldes auf Schweizer Banken mit folgenden Worten: "Wenn ich gewisse Leute höre, frage ich mich manchmal, ob Auschwitz in der Schweiz liegt." Um dann in verschwörungstheoretischer Manier fortzufahren, dass es einen "starken politischen Willen gibt, die Schweiz zu destabilisieren und zu kompromittieren. Dieser Wille hatte eine Schaltstelle in Washington und eine in London, und es ging um nichts anderes als um die Zerstörung des Finanzplatzes Schweiz." Wenn der latente Antisemitismus wieder manifest wird, braucht es Menschen, die in die gesellschaftliche Auseinandersetzung intervenieren. Gerade heute, wo nicht mehr viele ZeitzeugInnen unter uns sind, welche die Gräuel des NS-Faschismus überlebt haben und sagen können "so ist es gewesen, ich habe das erlebt", ist es wichtig, ihr Vermächtnis nicht zu vergessen. Auch nicht in der Schweiz:

Wir, die befreiten Häftlinge von Mauthausen, sehen heute Menschen, die Abzeichen und Orden tragen, die wir schon gesehen haben.

Aber so lange es für uns möglich ist, werden wir sagen, wer und vor allem warum man uns das angetan hat.

So lange es für uns möglich ist, werden wir dafür kämpfen, dass das, was uns passiert ist, niemals wieder einem Menschen geschehen wird. Wir die befreiten Häftlinge von Mauthausen, hören heute Menschen, vorwiegend Jugendliche, die Parolen schreien, die wir schon gehört haben.

Wir, die befreiten Häftlinge von Mauthausen, sehen heute Menschen, die Abzeichen und Orden tragen, die wir schon gesehen haben.

Wir, die befreiten Häftlinge von Mauthausen, hören Politiker-Sprüche von Ehre und Treue, die wir schon gehört haben.

Aber so lange es für uns möglich ist, werden wir berichten von den Gräueln, die wir in Mauthausen erleben mussten.

Aber so lange es für uns möglich ist, werden wir berichten von den Befehlen, denen wir folgen mussten.

1 Allgemeines

Aber so lange es für uns möglich ist, werden wir berichten von den Verbrechen, deren Zeugen wir geworden sind.

Aber so lange es für uns möglich ist, werden wir sagen, wer und vor allem warum man uns das angetan hat.

So lange es für uns möglich ist, werden wir dafür kämpfen, dass das, was uns passiert ist, niemals wieder einem Menschen geschehen wird.

2 Begriffe und Ideologien

2.1 Antijudaismus und Antisemitismus

2.1.1 Christlicher Antijudaismus

Der christliche Antijudaismus entwickelte sich in den ersten drei Jahrhunderten nach Christus. Unter Berufung auf einzelne Passagen aus den Schriften der Apostel wurde das Judentum als Gegenbild zum christlichen Selbstbild aufgebaut. Da das damals vorherrschende christliche Weltbild nur zwischen "gut" und "böse" unterschied, bedeutete dies eine Dämonisierung des Judentums, welches Christus nicht als Messias anerkannte. Menschen mit jüdischem Glauben verkörperten in den Augen der ChristInnen alles, wovor ChristInnen damals Angst hatten – z.B. Sünde oder Ketzerei.

Die christliche Kirche schrieb "den Juden" und ihren Nachkommen kollektiv die Schuld an der Ermordung Jesu zu. Nachdem das Christentum im 4. bis 5. Jh. n. Chr. zur Staatsreligion wurde, kam es zu tätlichen Übergriffen und es wurden verschiedene Gesetze gegen Jüdinnen und Juden erlassen, z.B. ein Verbot jüdisch-christlicher Eheschliessungen.

Mit dem Einsetzen der Kreuzzüge Ende des 11. Jahrhunderts spitzte sich die Lage für die jüdische Bevölkerung zu. Antijüdische Pogrome setzten ein: die Kreuzfahrer brachten bei Kreuzzügen tausende Juden um. In Folge der Pogrome wurde die jüdische Bevölkerung auf einen minderen rechtlichen Status herabgestuft, in Ghettos verbannt und von den meisten Berufen gesetzlich ausgeschlossen. Antijüdische Mythen wie die des "Ritualmordes", "Brunnenvergiftens" oder des "Wucherers" entstanden und flossen als fester Bestandteil in die kulturelle Tradition der westeuropäischen Gesellschaft ein.

Auch der im 16. Jahrhundert sich verbreitende Protestantismus übernahm die judenfeindliche Einstellung der katholischen Kirche und transportierte sie weiter. So bezeichnete Luther die Juden als Werkzeug des Teufels.

2.1.2 Moderner Antisemitismus

Der "moderne Antisemitismus" drückt sich unter anderem in der Verbindung von antisemitischen Stereotypen zu einer umfassenden Weltsicht aus. Die als negativ empfundenen gesellschaftlichen Umwälzungen im Übergang zur Moderne (Industrialisierung, Verstädterung, Kapitalismus, Liberalismus und Rationalismus, Entwicklung von Parlamentarismus und Demokratie), wurden vereinfacht und personifiziert: eine geheime Macht, "die Juden", rückte als angeblicher Verursacher an ihre Stelle. Mit Hilfe dieses Phantasiegebildes versuchten viele Menschen, die sich verändernde Welt verschwörungstheoretisch zu erfassen.

Um dies zu erreichen wurden Stereotype aus der Phase der vormodernen Judenfeindschaft aufgegriffen, mit neu entstandenen angereichert und "verwissenschaftlicht", um sie zu einer in sich geschlossenen Weltanschauung zusammenzufügen. So entstanden die folgenden antisemitischen Zuschreibungen. Ökonomie: Geld, Handel, Banken, Börse, Materialismus, "raffendes" Kapital; politische Herrschaft: Parlamentarismus, Interessenvertretung durch Parteien, abstraktes, unpersönliches Rechts und Herrschaftssystem, auch der Kommunismus und der Bolschewismus gelten im antisemitischen Weltbild als "jüdisch"; Kultur: Erscheinungsformen moderner Kunst, beginnende Massenkultur, moderne Lebensweise, Zersetzung von Autoritäten.

Juden wurden zudem beständig zum Gegenstand sexueller Projektionen: Sie würden "christliche" Frauen und Mädchen verführen, einen schwunghaften Mädchenhandel betreiben und seien häufig Besitzer von Bordellen. Auch in der traditionellen Intellektuellenfeindschaft der Deutschen wie auch der

SchweizerInnen ist eine antisemitische Note enthalten. Sie drückt sich in Vorwürfen wie z.B. Individualismus, Heimatlosigkeit und Zerrissenheit aus, die in der Metapher des "jüdischen Intellektuellen" gebündelt wurden. Diese antisemitischen Stereotype haben bis heute überlebt. Öffentlich in Erscheinung treten sie vor allem im Zusammenhang mit einer verkürzten, antisemitischen Globalisierungskritik.

Verkürzte Kapitalismuskritik gründet sich im Wesentlichen auf zwei Erklärungsmuster: Erstens wird, etwa in der Gegenüberstellung von "schaffendem" und "raffendem" Kapital, der böse Kern des Kapitalismus allein im Finanzkapital bzw. in der kapitalistischen Zirkulation ausgemacht, während die Zumutungen der Lohnarbeit und die kapitalistische Produktion unkritisiert bleiben. Zweitens wird das komplexe und abstrakte kapitalistische Herrschaftsverhältnis personalisiert und heruntergebrochen auf ein einfaches Gut-Böse-Schema von Unterdrückten und UnterdrückterInnen "da oben". In der Kombination der beiden Erklärungsmuster wird die Verantwortung für alle negativen Erscheinungen einer kapitalistischen Gesellschaftsform allein denjenigen Menschen zugeschrieben, die mit dem (Finanz-)Kapital identifiziert werden, und deren Prototyp "der Spekulant" ist. Der historische Hintergrund, dass seit Jahrhunderten der "Wucherer" und die Zinswirtschaft mit "dem Juden" identifiziert werden, zeigt, dass verkürzte Kapitalismuskritik immer eine offene Flanke zum Antisemitismus besitzt.

Antisemitische Argumentationsmuster zeigen sich heute nach wie vor auch in Verschwörungstheorien, die sich bis in Teile der Linken hinein grosser Beliebtheit erfreuen. Die Assoziation von Jüdinnen und Juden mit verschwörerischem Handeln hat eine lange Tradition. Jüdinnen und Juden wird hierbei unterstellt, als Drahtzieher, oft dargestellt als Marionettenspieler, die Globalplayers und damit die Geschicke der Welt zu lenken.

2.1.3 Rassistischer Antisemitismus

Der rassistische Antisemitismus ist eine spezielle Ausformung des modernen Antisemitismus. Er nimmt die Elemente des modernen Antisemitismus auf und spitzt die Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden insofern zu als er "die Juden" als Rasse definiert, die "der arischen Rasse" gegenübergestellt wird.

Auf dieser Unterscheidung beruhen auch die Vorstellungen "der Juden" als "Anti-Volk", als "volkszersetzend" sowie der Wahn von der "Reinheit der Rasse". Jüdinnen und Juden wurden zunehmend als Parasiten, Bazillen etc. bezeichnet, das heisst der menschliche Status wurde ihnen abgesprochen.

Die rassistische Form des Antisemitismus gründete sich auf pseudowissenschaftliche anthropologische und biologistische Theorien, die unächst eine "jüdische Rasse" definierten und dann deren Minderwertigkeit gegenüber den "Ariern" behaupteten. In der Folge wurden Juden und Jüdinnen aufgrund ihrer "Natur" für alle Missstände der modernen Welt verantwortlich gemacht, was schliesslich im Holocaust, dem Massenmord an über sechs Millionen Jüdinnen und Juden gipfelte.

Im Gegensatz zum Antijudaismus, dem Juden in der Regel durch den Übertritt zum Christentum entgehen konnten, bot der rassistische Antisemitismus keinen Ausweg mehr an.

2.1.4 Sekundärer Antisemitismus

Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich insbesondere in Deutschland der so genannte "Sekundäre Antisemitismus" herausgebildet. Die Erinnerung an die NS-Zeit durch Jüdinnen und Juden wird als "Moralkeule" empfunden. Ihnen wird angelastet, einen Prozess zu stören, dessen Ziel die Wiederherstellung einer ungebrochenen positiven deutsch-nationalen Identität ist.

Der Satz des israelische Psychoanalytiker Zvi Rex: "Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen" verdeutlicht die Paradoxie dieses Verleugnungsprozesses: Die Täter machen den Opfern

das Geschehen zum Vorwurf. Auf diese Weise kehrt das antisemitische Bild der "jüdischen Rachsucht" wieder.

Aber auch in der Schweiz gibt es einen ausgeprägten sekundären Antisemitismus. So glaubt fast die Hälfte der Schweizer und Schweizerinnen, dass Jüdinnen und Juden die Shoa für ihre eigenen Vorteile ausnutzen. Auch das Bild einer "humanitären Tradition" der Schweiz, auf welches von Links bis Rechts gerne rekurriert wird, zeigt, dass die eigene Mitverantwortlichkeit an der Judenverfolgung während dem 2. Weltkrieg lieber geleugnet oder verdrängt wird.

Und wenn dies heute nicht mehr unverhohlen möglich ist, werden der Beschluss des Schweizer Bundesrates im August 1942, die Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu schliessen sowie die Einführung des Judenstempels 1938, als bedauerliche Fehlritte in einer insgesamt humanitären Grundeinstellung interpretiert. Dadurch geraten historische Kontinuitäten und strukturelle Zusammenhänge aus dem Blickfeld, die schon vor dem 2. Weltkrieg die Politik der Schweiz bestimmten, wie eine generell xenophobe und antisemitische Abwehr-ideologie und der Kampf gegen die "Überfremdung" und die "Verjudung" der Schweiz, in welchen diese "Fehlritte" viel eher zu verorten sind.

2.1.5 Antisemitismus und Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt kann als Ventil für offenen oder verdeckten Antisemitismus dienen. Oft werden Jüdinnen und Juden, egal welche Staatsbürgerschaft sie besitzen und wo sie leben, mit dem Staat Israel identifiziert. Dies erhält dann besondere Brisanz, wenn es in Verbindung mit Israel-Kritik geschieht. Jüdinnen und Juden in aller Welt werden, unter dem Deckmantel legitimer Kritik an Israel, für die israelische Regierungspolitik und den Tod palästinensischer ZivilistInnen angegriffen und verantwortlich gemacht. Nicht selten werden z.B. auf Friedensdemonstrationen unbewusst antisemitische Stereotype wie der Kindermördervorwurf, der sich an die Ritualmordlegende anlehnt, geäussert.

Darüber hinaus wird die Politik Israels auch mit dem Judentum als Religion identifiziert. Gerne wird im Zusammenhang mit dem militärischen Vorgehen des Staates Israel das biblische Zitat "Auge um Auge, Zahn um Zahn" genannt. Dieses Zitat, das eigentlich den Gedanken des materiellen Ausgleichs für erlittenen Verlust beinhaltet, wird in christlicher Deutung als Rachegeanke interpretiert und abgelehnt. So wird der Rachegeanke als falsch interpretierter religiöser Inhalt des Judentums von aussen zur moralischen Maxime für das militärische Vorgehen des Staates Israels erklärt.

Doppelter Massstab: Israel wird darüber hinaus mit doppeltem Massstab gemessen. Das ist antisemitisch, weil Israel damit eine spezielle Behandlung erfährt, die nicht gerechtfertigt ist. Die Weltöffentlichkeit be- und verurteilt weitaus seltener die Politik und das militärische Vorgehen anderer Staaten vergleichbarer Grösse und Stärke. Dahinter steht der anmassende Gedanke, Auschwitz müsse eine moralische "Besserungsanstalt" für seine Opfer und deren Nachfahren gewesen sein.

Delegitimierung der staatlichen Existenz: Zum Antisemitismus gehört auch die Infragestellung des Existenzrechtes des Staates Israel. Aufgrund der konflikt-geladenen Geschichte des israelischen Staates und seiner umkämpften Position im Nahen Osten hält man es weltweit für legitim, ihm eine Existenzberechtigung abzusprechen. Er wird in erster Linie als Verhinderer der staatlichen Existenz der Palästinenser und deshalb als Anfechtung des Gedankens der nationalen Befreiungsbewegungen gesehen. Dabei wird zum einen übersehen, dass die israelische Staatsgründung vor allem eine Folge des europäischen Antisemitismus war. Nicht erst der Holocaust, sondern bereits die Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden in den sich formierenden, europäischen Nationen des 19. Jahrhunderts forcierte die jüdische Nationalbewegung. Unterschlagen wird ebenfalls, dass die jüdische Nationalbewegung eine von vielen europäischen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts war.

Vergleich israelischer Politik mit der NS-Diktatur: Ein weiteres antisemitisches Bild ist die Gleichsetzung der israelischen Politik mit den Gräueltaten Nazi-Deutschlands. So werden israelische Politiker mit Hitler, der Davidstern mit dem Hakenkreuz oder der Zionismus mit dem Nationalsozialismus verglichen. Diese Gleichsetzung verharmlost die Verbrechen der Nazis. Und sie vertuscht, dass der Antisemitismus in Europa und die Nazi-Verbrechen ein zentraler Faktor für die Gründung Israels waren.

2.2 Rassismus und Ethnizität

2.2.1 Rassismus

Rassismus teilt die Menschen in Gruppen ein, behauptet, diese seien von Natur aus klar voneinander unterschieden und in sich geschlossen und unterstellt ihnen auf Grund von oberflächlichen Merkmalen eine bestimmte Identität mit unveränderlichen, quasi genetisch vorbestimmten Charakterzügen. Bei den stereotypen kollektiven Eigenschaften, welche einer "Rasse" oder "Ethnie" zugeschrieben werden, handelt es sich um eine krude Mischung aus historischen Versatzstücken, populären Vorurteilen und pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen.

Anhand solcher Einteilungen wertet der Rassismus bestimmte Menschen ab, hierarchisiert sie oder behauptet eine immerwährende Konkurrenz unter ihnen. Die Menschen werden nicht oder nur nachrangig als Individuen beurteilt, sondern als Angehörige pseudoverwandtschaftlicher Gruppen. Rassistische Theorien dienen der Rechtfertigung von Diskriminierung und Feindseligkeiten, der Kanalisierung negativer Emotionen und sollen das Überlegenheitsgefühl von Mitgliedern einer bestimmten Gruppe, etwa der nordischen beziehungsweise arischen Herrenrasse, rational begründen. Rassismus als Ideologie dient immer der Aufwertung der eigenen Gruppe und der Stabilisierung des eigenen Selbstwertgefühls über die Abwertung und Ausgrenzung anderer Menschen. Rassistische Argumentationsmuster finden sich in Politik und Alltag, wie auch in der wissenschaftlichen Tradition. Beim Alltagsrassismus werden negative Einzelerfahrungen generalisiert und eine gesamte Gruppe abschätzig beurteilt. Die konkreten Auswirkungen von Rassismus reichen von Vorurteilen und Diskriminierung über Kolonialismus und Sklaverei, Rassentrennung, Rassenhass und der daraus resultierenden Gewalt bis hin zu Pogromen, so genannten "Ethnischen Säuberungen" und Völkermord.

Auch wenn xenophobe, d.h. fremdenfeindliche, oder auch antisemitische Motive eine lange Geschichte haben, wie etwa die wiederholte Vertreibung der jüdischen Bevölkerung oder Übergriffe gegen Roma und Sinti zeigen, so entstand der Rassismus in seiner heutigen Form erst seit der frühen Neuzeit. Sein Auftauchen ist eng verbunden mit modernen wissenschaftlichen Methoden und Theorien. Einige Forscher führten körperliche Unterschiede auf biologische Ursachen zurück und definierten unterschiedliche menschliche Rassen. Andere versuchten kulturelle Phänomene und historisch gewachsene Traditionen auf die Existenz wesentlich voneinander unterschiedener Völker mit bestimmten Mentalitäten und Charaktereigenschaften zurückzuführen (Ethnisierung). Die moderne Biologie, die Evolutionstheorie von Darwin und die Vererbungslehre schienen im Folgenden weitere Anhaltspunkte zu liefern. In der völkischen Theorie fand diese Entwicklungslinie ihren traurigen Höhepunkt.

Ein Zusammenhang oberflächlich sichtbarer Merkmale mit charakterlichen oder intellektuellen Eigenschaften wird von der heutigen Wissenschaft als unhaltbar zurückgewiesen. Doch auch wenn, der Begriff "Rasse" heute verpönt ist, das Konzept von verschiedenen "Rassen" ist in vielen Vorstellungen noch vorhanden. Dieses Konzept findet im Begriff "Ethnizität" seine Fortsetzung, über welches der/die "Andere" oder "Fremde" abgewertet wird. Viele HistorikerInnen führen die Entstehung moderner rassistischer Denkmuster auf die koloniale Erfahrung zurück: "Rassismus entstand als Erklärungs- und

Rechtfertigungsideologie der welthistorischen materiellen, militärischen und technischen Überlegenheit der Europäer seit ihrer Expansion in Übersee. Auf dem Höhepunkt der Aufklärung und zu Beginn der industriellen Revolution bildete er sich als ein Ideologie-System auf beiden Seiten des Atlantiks heraus (...)." (Immanuel Geiss)

Das Gefühl der Differenz liefert ein Motiv beziehungsweise eine Rechtfertigung dafür, dass "wir" unseren Machtvorteil einsetzen und den "Anderen" auf eine Weise behandeln, die wir als grausam oder ungerecht ansehen würden, wenn wir selbst davon betroffen wären. Rassismus schafft so die Grundlage, um eine andere Gruppe zu beherrschen, auszuschliessen oder sogar zu eliminieren.

2.2.2 Struktureller Rassismus

Struktureller Rassismus meint die unterschiedliche, negative und rassistische Behandlung von Menschen im Staat, bei Behörden, in Gemeinden, Medien und Öffentlichkeit. Struktureller Rassismus drückt sich aus in Gesetzen, behördlichen Dienstvorschriften, Regelungen und Hausordnungen und ist eng verbunden mit dem alltäglichen individuellen Rassismus. Zum Beispiel in Ausschaffungsgefängnissen, Asyl- und Notunterkünften, Durchgangs-, Transit- und Aufnahmezentren. Mit dem neuen verschärften Asylgesetz ist der momentane Höhepunkt der Repressionen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen erreicht. Kein anderes europäisches Land hat solch scharfe Asylgesetze wie die Schweiz.

Wohin führt Struktureller Rassismus? Struktureller Rassismus führt zu Ungleichheit zwischen einer privilegierten Mehrheit (mit Zugang zu Rechten und Ressourcen) und einer Minderheit, der Rechte und Chancen verweigert werden. Ein Grossteil der Bevölkerung ist durch rassistische und fremdenfeindliche Propaganda beeinflusst. Dies äussert sich in Klischees und Vorurteilen, in rassistischen Denk- und Handlungsweisen. Sie werden als legitim und natürlich aufgefasst, da sie ja gesetzlich verankert sind und im öffentlichen Diskurs als nicht fragwürdig gelten.

Wo kommt Struktureller Rassismus vor? Zum Beispiel im Bildungswesen: Durch geringere Bildungs- und Ausbildungschancen. Schlechtere Deutschkenntnisse von Migrantenkindern führen häufig dazu, dass die Kinder in Sonderschulen abgeschoben werden, keine höheren Schulen besuchen können, keine Lehrstellen bekommen und somit in der Regel schlechtere Voraussetzungen für ein gutes späteres Leben haben. Eine soziale Verelendung ist vorprogrammiert.

Zum Beispiel im Gesundheits- und Versorgungssystem: Durch unzureichende medizinische und psychosoziale Versorgung. Flüchtlinge mit gesundheitlichen Problemen und ernsthaften Erkrankungen werden selten ernst genommen und deshalb entweder unzureichend oder sogar falsch behandelt. Auch traumatisierte Kriegsflüchtlinge erfahren keine adäquate Hilfestellung. Durch angeordnete Fürsorgestopps und durch die kürzlich eingeführte minimale Nothilfe verschärft sich die Situation beträchtlich, vor allem für jene Flüchtlinge mit einem Wegweisungs- oder Nichteintretensentscheid (NEE).

Zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt: Durch Ghettoisierung sozial schwächerer AusländerInnen. Rayonverbote und das Verbot Wohn- oder Arbeitsort in einen anderen Kanton zu verlegen (dorthin wo Freunde oder Familienangehörige untergebracht sind), entbehren jeglichem Gefühl für Verständnis, Empathie und Menschenverstand.

Zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt: Durch das Arbeitsverbot oder nur beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Zum Beispiel in einem grossen Teil der Medien: Das Bild der AusländerInnen wird durch einseitige Darstellung verzerrt. Damit wird die Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung bewusst manipuliert und rassistisches Denken und Handeln legitimiert.

Zum Beispiel bei der Polizei: Durch rassistische Übergriffe, Demütigungen und Misshandlungen durch PolizistInnen in den Verhörräumen und Gefängniszellen, sowie bei unverhältnismässigen Hausdurchsuchungen, Personenkontrollen, Razzien, Zwangsausschaffungen usw.

Die Folgen Durch das Schüren von Ängsten und Vorurteilen und mit Schlagwörtern wie "Asylantenflut", "Asylmissbrauch", "Sozialschmarotzer", "Scheinasylanten", "Dealer", "Messerstechermentalität" usw. werden Asylsuchende und MigrantInnen als Bedrohung für das "schweizerische Sozialsystem" und für die "schweizerische Eigenart" dargestellt.

Die Regierung soll also alles nur erdenkliche tun, um der vermeintlichen Bedrohung entgegenzutreten und zwar mit immer noch schärferen Asyl- und Polizeigesetzen. Aktuell: die von der SVP neu lancierte Ausschaffungsinitiative. Die Politik der Abschreckung, Abschottung und der Ausgrenzung wird mehr und mehr vorangetrieben und legitimiert. Und genau das führt letztlich zu rassistischer Gewaltakzeptanz in einem grossen Teil der Bevölkerung.

2.2.3 Migrationsmanagement

Organisationen wie die IOM (international organization for migration) oder Zusammenschlüsse wie die "Berner Initiative" wollen Flüchtlingsströme managen. Dahinter steht der Gedanke, dass, wenn Migration schon nicht verhindert werden kann, dann zumindest legal und "geordnet" ablaufen soll. Die Migration der "Nützlichen" soll gefördert werden, die "irreguläre Migration" dagegen mit Repression möglichst erschwert werden.

IOM – wer zahlt, befiehlt Die IOM mit Sitz in Genf ist keine Unterorganisation der UNO, sondern ein Zusammenschluss interessierter Staaten mit aktuell 102 Mitgliedern. 29 Länder sowie über 50 andere Organisationen haben einen Beobachterstatus inne. Die IOM versteht sich zum einen als globale Dienstleistungsagentur, zum anderen entwickelt sie als Denkfabrik neue Konzepte, um Migrationsbewegungen besser steuern zu können – mit dem Ziel, ein globales Migrationsüberwachungsregime zu errichten.

Die Programme der IOM werden von einzelnen Staaten in Auftrag gegeben und finanziert, mit der Folge, dass vor allem finanziell besser gestellte Länder sie in Anspruch nehmen. So rühmt sich die IOM mit ihren Weiterwanderungs-, Umsiedlungs- oder Rückkehrprogrammen in das Leben von zwölf Millionen Menschen eingegriffen zu haben. Die Schweiz nimmt ihre Dienste für die Rückschaffung in Anspruch, zum Beispiel bei der Organisation von Flügen.

Fluchtbewegungen aus Krisenregionen sollen gar nicht erst entstehen, gleichzeitig werden so genannt nützliche MigrantInnen für die Arbeitsmärkte angeworben, um aus ihrem Notstand Profit zu schöpfen. Beispielsweise etablierte die IOM zwischen Spanien und Ecuador ein Abkommen, das die befristete Anwerbung von jährlich 1500 EcuadorianerInnen nach Spanien vorsieht, wo sie zu Niedriglöhnen ausgebeutet werden. Gleichzeitig sorgt die Organisation dafür, dass die MigrantInnen nach der abgelaufenen Zeit wieder ausgeschafft werden.

Ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie wird unterschieden zwischen "nützlichen" und "nutzlosen" MigrantInnen: Jene, die der kapitalistischen Produktion als billige Arbeitskräfte oder hoch ausgebildete SpezialistInnen dienen, und solche, die in die Illegalität abgedrängt werden. Um die illegale Migration

zu stoppen, betreibt die IOM Aus- und Weiterbildungen für PolizeibeamtInnen sowie Politikberatung. Sie ist somit aktiv mitverantwortlich für die repressive, rassistische Grenzpolitik auf der ganzen Welt und deren stetige Weiterentwicklung. Die Organisation betreibt in den Herkunftsländern "Informationskampagnen", deren einziges Ziel die Abschreckung potentieller MigrantInnen ist.

Mit IOM-Programmen der "freiwilligen Rückkehr" sind bislang über 1 Million Menschen in ihre Herkunftsländer abgeschoben wurden. Die Flüchtlinge werden dabei vor die Wahl gestellt, entweder einzuwilligen in ein Rückkehrprogramm oder aber ausgeschafft zu werden. Dabei wird die Situation in den Herkunftsländern nicht berücksichtigt.

"Berner Initiative" - Die Rolle der Schweiz Die Schweiz spielt im Rahmen der "Berner Initiative" eine führende Rolle im Management von Flüchtlingsströmen. Die "Berner Initiative" wurde im Juni 2001 von Bundesrätin Metzler zusammen mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (heute Amt für Migration) lanciert und ist ein Zusammenschluss von 120 Staaten, der explizit insbesondere MigrantInnen-, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen ausschliesst. Sie befasst sich mit illegaler Migration – dabei stehen Kriminalitäts- und Sicherheitsaspekte im Vordergrund. Sekundär beschäftigt sich die "Berner Initiative" mit wirtschaftlich relevanten Aspekten von Migration. Die IOM stellt das Sekretariat für die "Berner Initiative", die eine "Internationale Agenda für Migrationsmanagement" (IAMM) verabschiedet hat. Diese beruht auf Richtlinien zur Förderung der Zusammenarbeit und dient als Hilfsmittel, um wirksame Praktiken zu erfassen – also Rückführungsabkommen, Grenzkontrollen und Ausschaffungen.

2.2.4 Ethnisierung (des Sozialen)

Unter Ethnisierung versteht man einen Prozess, in dem der ursprünglich soziale Charakter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu einem ethnischen Konflikt oder einem Kampf der Kulturen umgedeutet und dann in dieser Form zu "lösen" versucht wird. Dazu werden bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ethnische oder kulturelle Identitäten zugewiesen. Dieser Vorgang basiert auf der vorgängigen Konstruktion einer "eigenen, nationalen Identität", z.B. wir Schweizer, die auf der Vorstellung von der Nation als einem einheitlichen Gebilde mit einem klar definierten Volk und einer allen gemeinsamen Kultur beruht. Dazu werden die Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche einer bestimmten sozialen Gruppe verabsolutiert und naturalisiert, das heisst als die einzige, sozusagen "natürliche" Form zu leben vorausgesetzt.

Unterschiedliche Lebensrealitäten (urban, ländlich, jung, alt, ArbeiterIn, UnternehmerIn) werden ausgeblendet und das Bild eines "natürlichen" Volkscharakters etwa der Schweizer entworfen. Andere, davon abweichende Lebensformen werden demgegenüber als fremd oder nichtschweizerisch hervorgehoben und zumeist negativ bewertet. Es lassen sich zahlreiche Parallelen zu biologistischen Denkmustern aufzeigen, wobei das Wort Rasse schlicht durch die Begriffe Kultur, Ethnie, Volk, oder Nation ersetzt wird. Die angeblich wesentliche kulturelle Differenz dient im Folgenden als Paradigma bei der Formulierung jeglicher Differenz, und jede Differenz wird allmählich auf die Kultur zurückgeführt oder als eine letztlich kulturelle entschlüsselt.

"Ethnisierung des Sozialen" bezeichnet somit die Umdeutung verschiedenster sozialer Unterschiede in einer Gesellschaft zu kulturellen Differenzen. Aufbrechende soziale Ansprüche, die sich in Protesten, Streiks und Unruhen formulieren könnten, werden in ethnischen und nationalen Deutungen eingefangen. Das heisst, aus Konflikten aufgrund gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden solche aufgrund von ethnischer Identitäten konstruiert. Konkret geht es dann beispielsweise nicht mehr

um mangelnde Arbeitsplätze für bestimmte Bevölkerungsgruppen, sondern um die "mangelnde Integrationsfähigkeit von Menschen aus fremden Kulturkreisen".

Die Bürgerkriege in Jugoslawien zeigten in den neunziger Jahren beispielhaft, wie die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Teilregionen eines Landes durch die von bestimmten gesellschaftlichen Akteuren vorangetriebene Ethnisierung eine dramatische Zuspitzung erfahren können.

Aber auch hier in der Schweiz werden vielschichtige soziale Konfliktualitäten gerne ethnisiert und für nationalistische Mobilisierungen genutzt. Überall werden "zivilisatorische Differenzen" geortet, "fremde Ethnien" ausgemacht und entwertet, medial gegen sie gehetzt und kriminalisiert. Über die Konstruktion von Sündenböcken wird erreicht, dass die "echten" Schweizer und Schweizerinnen diese Konflikte zum Beispiel nicht mehr als Folge einer ungerechten Verteilung von Einkommen wahrnehmen, sondern als Folge des "schmarotzerischen" und "kriminellen" Verhaltens von "Ausländern aus anderen Kulturkreisen".

2.2.5 Nationalstaat und Volk

Hinter jedem Nationalstaat verbergen sich partikulare Machtinteressen, gesellschaftliche Verhältnisse und wechselnde soziale Strukturen. Im Gefolge der Französischen Revolution haben sich in Europa zwei Hauptvarianten von Nationen herausgebildet.

Das erste Modell nimmt die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution auf und leitet aus ihnen die Strukturmerkmale der bürgerlichen Demokratie ab. Die Grundlage bilden die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte, sowie die Volkssouveränität. Auch wenn diese Rechte nur für den weissen und männlichen Bürger galten, sollten sie idealtypisch universell für alle Menschen gelten. Dieses nationalstaatliche Konzept kennt keine wesensmässige Differenz zwischen verschiedenen Menschen und die Träger der Menschen- und Bürgerrechte sind die Individuen. Die Idee zusammen eine nationale Gemeinschaft (ein "Volk") zu bilden, speist sich dabei aus dem Ideal der Willensgemeinschaft: Die Angelegenheit auf einem bestimmten Territorium sollen gemeinsam und demokratisch geregelt werden. Der Logik dieser Konzeption entspricht es, Staatsangehörigkeitsrecht allen zu verleihen, die in diesem Land geboren werden - *ius soli*, das Recht des Bodens.

Das zweite Modell entstand in Deutschland und in Osteuropa. Als Gegenposition zu den Ideen der Französischen Revolution entwickelte sich das Konzept des völkischen Nationalismus. Die Menschen werden dabei in verschiedene "Völker" eingeteilt, welche als Subjekte des geschichtlichen Handelns auftreten. In dieser Konzeption sind "Völker" Individualitäten, Wesenseinheiten mit je eigentümlichen und unveränderlichen Charaktereigenschaften. "Volk" wird also nicht als *Demos*, sondern als *Ethnos* verstanden, Nation nicht als Willensgemeinschaft, sondern als Abstammungsgemeinschaft. Die Basis bildet das *ius sanguinis*, das Recht des Blutes, die Blutgemeinschaft.

Der völkische Nationalismus hat folgende ideologische und politische Konsequenzen:

- Im internationalen Konkurrenzkampf der Nationalstaaten im 19. Jh. wird die Nation als Schicksals- und Kampfgemeinschaft zur Blutgemeinschaft: Der Nationalismus verbindet sich mit dem Rassismus.
- Begriffe wie Freiheit und Selbstbestimmung werden auf Nation und Volk bezogen und nicht auf das Individuum, sie haben also nichts mit politischer Partizipation zu tun.
- Das Konzept der wesensmässigen Homogenität des vermeintlichen "Volkes", erklärt alle anderen zu Fremdkörpern, zu Schädlingen am Volkskörper. Die Fiktion des Völkischen insistiert auf eth-

nischer Reinheit, also darauf andere ethnische Gruppen auszuschliessen, zu vertreiben und im Extremfall zu liquidieren.

- Die Grenzen des Staates müssen aus einer solchen Perspektive auch mit den Grenzen der völkischen Gemeinschaft zusammenfallen: Expansion, Heimführung und Vertreibung sind die Folgen.

Allen Nationalismen gemeinsam sind folgende Eigenschaften und politische Konsequenzen:

- Um den Zusammenhalt zu sichern, werden Mythen konstruiert und eine darauf beruhende gemeinsame, nationale Identität, eine "vorgestellte Gemeinschaft" konstruiert.
- Alle Nationalismen berufen sich auf eine eigene Nation im Verhältnis zu einer "anderen" und "fremden" Nation, von der sie sich durch Zuschreibung differenter Charaktere, abgrenzen.
- Nationalismus ist immer eine (politische) Ideologie, die eine homogene Gemeinschaft zum Ideal hat und soziale Ungleichheiten innerhalb derselben verdeckt.

2.2.6 Sozialdarwinismus

Unter Sozialdarwinismus versteht man eine heute wissenschaftlich diskreditierte Gesellschaftstheorie, welche aussagt, dass Personen, Gruppen und menschliche "Rassen" den gleichen Gesetzen der natürlichen Selektion unterworfen seien, die der britische Naturforscher Charles Darwin bei Pflanzen und Tieren beobachtet hat.

Sozialdarwinismus geht davon aus, dass menschliche Gesellschaften wie biologische Arten einem Entwicklungsprozess unterliegen, in dem der Erfolg und das Überleben der Stärksten einer Generation ("survival of the fittest") zur permanenten Verbesserung der Gruppe führen. Der Begriff des Stärksten wird sowohl im direkten Sinne als auch übertragen, im Sinne kultureller Überlegenheit, verstanden. Sozialdarwinismus geht zudem von der Bevölkerungslehre von Thomas Robert Malthus aus, nach der das potentiell exponentielle Wachstum von menschlichen Populationen sowie die Begrenztheit an Ressourcen einen ewigen "Kampf ums Dasein" notwendig machen.

Auf gesellschaftlicher Ebene wurde der Sozialdarwinismus zur Rechtfertigung von Imperialismus und Rassismus herangezogen: die "stärkere", "kulturell überlegene Rasse" hat danach das Recht, sich "zur Sicherung des eigenen Überlebens", Land und Ressourcen "unterlegener Völker oder Rassen" anzu-eignen. Dieses sozialdarwinistische Denken legitimierte nicht nur Eroberungsfeldzüge, sondern führte zu Bestrebungen, geistig Behinderten oder schwer Erbkranken zur Vermeidung der "genetischen De-generation des gesunden Volkskörpers" (Eugenik) das Lebensrecht abzuspochen (Euthanasie). Dies gipfelte im Nationalsozialismus schließlich in der massenhaften Ermordung so genannt "lebensunwerten Lebens", im systematischen Holocaust an der jüdischen Bevölkerung Europas und im Vorgehen gegen andere angeblich "minderwertige Rassen".

Die Vormachtstellung einer ethnischen Gruppe oder bestimmter Personen wird nicht als Folge gesellschaftlicher Umstände angesehen, sondern naturalisiert und als logische Konsequenz einer wesenhaften, d.h. biologischen und angeboren Überlegenheit gedeutet. Dem stehen Konzepte gegenüber, welche von kultureller Vielfalt bei universeller Gleichheit und Gleichberechtigung der Menschen ausgehen.

Sozialdarwinismus ist auch ein wichtiges Merkmal des heutigen Rechtsextremismus. Der Kern rechts-extremer Ideologie artikuliert sich in der "Ideologie der Ungleichheit", aus der ethnische, geistige und körperliche Unterschiede zum Kriterium für die Zuweisung eines minderen Rechts- und Wertestatus für bestimmte Individuen und Gruppen hergeleitet werden.

Sozialdarwinistisches Gedankengut wird heute mehrheitlich als amoralisch und antisozial angesehen, weil dadurch moralische Kategorien bei der Beurteilung einer Handlung verunmöglicht und eine Veränderung sozialer Verhältnisse abgelehnt wird. In der Biologie hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass evolutionäre Vorgänge nichts mit einer Höherentwicklung zu tun haben und genetische Untersuchungen widerlegten die Existenz eines biologisch begründbaren menschlichen Rassenbegriffs, auf dem Rassentheorien und die nationalsozialistische Ideologie vom "Herrenmenschen" beruhen.

2.3 Ideologie von der Arbeit

Das positive Verhältnis zur Arbeit, die Überhöhung der Arbeit zur Wesensbestimmung des Menschen und die Fetischisierung der Arbeit als wesentliches Strukturmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft ziehen sich durch die gesamte Geschichte bürgerlicher Ideologie.

Die heutigen Begriffe für Arbeit wie Travail, Trabajo (vom Lateinischen tripalium: Joch zur Folter und Bestrafung von Sklaven), Labour (lateinisch labor: Schwanken unter einer schweren Last) und Arbeit selbst (mittelhochdeutsch arebeit: Mühe, Beschweris, Leiden) stammen alle von Worten ab, die etwas Unangenehmes, Mühseliges oder noch Schlimmeres bezeichneten. Erst die ständische Ordnung knüpfte Arbeit an Anerkennung und zunehmend auch an nicht feudal definierte gesellschaftliche Macht. Vorstellungen von Fleiß, Disziplin und Ordnung wurden zur Kontrastfolie für den stigmatisierten Müßiggang, als deren Inbegriff die bettelnden Armen angesehen wurden. Arbeitszwang und Einsperrung in so genannte Arbeitshäuser halfen bei der Durchsetzung. Christliche Heilslehren propagierten ein normierendes Leistungsethos und stigmatisierten die Faulheit. Die Konstruktion des faulen Juden wurde zum Stereotyp und zum festen Legitimationsinventar des Antisemitismus. In der Aufklärung wird Arbeit dann definitiv zur Quelle von Eigentum, Reichtum und Kapital aufgewertet und als Kern menschlicher Existenz und Selbstverwirklichung abgefeiert.

In unserer Gesellschaft ist Arbeit eines der wichtigsten strukturierenden Elemente. Der soziale Ort eines Menschen und sein Wert werden nach dem angeblichen Wert seiner Arbeit bemessen. Vom Arbeitsprozess verlangte Eigenschaften werden zu allgemein gültigen und von allen anzustrebenden Normen: Ordnung, Disziplin, Pünktlichkeit, Flexibilität, Stressresistenz etc. Dieses verinnerlichte Arbeitsethos wird zum zentralen identitätsbildenden Faktor. Arbeit wird aber auch mit anderen Identifikationsmustern verbunden: Die Erfindung der modernen abstrakten Arbeit fällt historisch mit derjenigen der Nation zusammen. Arbeit und Nation waren von Anfang an in einem engen Loyalitäts- und Verweisungszusammenhang verschränkt. Der Arbeiter und der Unternehmer sollten mit ihrer Arbeit gleichermaßen der Nation dienen. Die Unterteilung in die Sphären von Produktion und Reproduktion und deren unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang mit der Konstruktion bzw. Modifizierung moderner Geschlechterrollen.

Der realen Verknappung der Arbeit steht heute eine Ideologie der Vollbeschäftigung, eine Arbeitsplatz- und Beschäftigungsrhetorik gegenüber, deren Ausdruck die Hetze auf "Sozialschmarotzer" und "arbeitsscheues Gesindel" ist, und die der Aufrechterhaltung von Sozialisationsmaximen wie Disziplin, Norm, Ordnung und Selbstunternehmertum dienen.

Es versteht sich von selbst, dass in jeder Gesellschaftsform Dinge produziert und unterschiedliche gesellschaftliche Tätigkeiten verrichtet werden. Nicht selbstverständlich ist aber, dass menschliche Tätigkeit, die pure Verausgabung von Arbeitskraft, ohne jede Rücksicht auf ihren Inhalt, ganz unabhängig von den Bedürfnissen und vom Willen der Beteiligten, zu einem abstrakten Prinzip erhoben wird, welches die sozialen Beziehungen beherrscht.

2.4 Sexismus

Unter Sexismus wird die Diskriminierung oder Unterdrückung von Menschen allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Vorlieben verstanden.

Der Begriff Sexismus wurde in den sechziger Jahren als Parallelbildung zu Rassismus (racism) durch die US-amerikanische Frauenbewegung geprägt und sollte den Prozess der Naturalisierung gesellschaftlicher Prozesse beschreiben (Biologismus). Mit Sexismus wurden nicht nur individuelle Vorurteile, sondern auch institutionalisierte Diskriminierungen benannt. So heißt es in einer programmatischen Schrift der Southern Female Rights Union Ende der sechziger Jahre: "Die Zuteilung der Arbeit und der Ressourcen nach dem biologischen Geschlecht konstituiert ein System des Sexismus, welches die älteste Form institutionalisierter Unterdrückung ist. (...) Um Sexismus zu zerstören müssen wir kämpfen, als Frauen, kollektiv für die Einheit der Menschheit."

In Deutschland wird der Begriff Sexismus 1976 durch das gleichnamige Buch von Marie-Louise Janssen-Jurreit bekannt. Sie definiert Sexismus als eine umfassende Unterdrückung von Frauen: "Sexismus war immer mehr als das, was in der nichts sagenden Geschmeidigkeit politischer Rhetorik 'die Benachteiligung der Frau' heißt oder was Soziologen verharmlosend mit 'traditioneller Rollenverteilung' bezeichnen. Sexismus war immer Ausbeutung, Verstümmelung, Vernichtung, Beherrschung, Verfolgung von Frauen. Sexismus ist gleichzeitig subtil und tödlich und bedeutet die Verneinung des weiblichen Körpers, die Gewalt gegenüber dem Ich der Frau, Achtlosigkeit gegenüber ihrer Existenz, die Enteignung ihrer Gedanken, die Kolonisierung und Nutznießung ihres Körpers, den Entzug der eigenen Sprache bis zur Kontrolle ihres Gewissens, die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die Unterschlagung ihres Beitrags zur Geschichte der menschlichen Gattung."

Heute stehen verschiedene Definitionen von Sexismus nebeneinander. So wird Sexismus in der Psychologie über "stereotype Merkmalszuschreibungen" definiert. Auf dieser interpersonellen Ebene werden auch diskriminierende Rollenzuschreibungen gegenüber Männern berücksichtigt. In der soziologischen Forschung wird der strukturelle Aspekt des Sexismus betont. Sexismus ist aus dieser Perspektive kulturell bedingt, institutionell verankert und individuell verinnerlicht. Es ist die gesellschaftliche Praxis, welche Männer privilegiert und Frauen unterwirft. Dadurch werden Frauen und ihr Handeln abgewertet und, wie im übrigen auch die Männer, auf bestimmte Rollen festgeschrieben. Dieser Ansatz betont die Mechanismen eines diskriminierenden Gesellschaftssystems, hier des Patriarchats, und untersucht zugleich die Verschränkungen von Sexismus mit anderen Unterdrückungsformen wie Rassismus, Klassismus oder Behindertenfeindlichkeit. In vielen neueren Debatten wird Sexismus noch breiter definiert. Der Begriff Gender betont die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlecht und richtet sich gegen die Vorstellung von einer unveränderlichen und naturgegebenen Zweigeschlechtlichkeit und die davon abgeleitete (zwangs)heterosexuelle Struktur. Die Geschlechter selbst, ihre Bewertung und die identitäre Ausprägung und Aufladung sexueller Orientierungen werden als historische gewachsen und durch die vorherrschenden Machtstrukturen bestimmt, interpretiert.

Konservative, Rechte und faschistische Gesellschaftstheorien bauen stark auf patriarchalen Vorstellungen auf, weisen Frauen stereotype Geschlechterrollen zu und sind fast immer mehr oder weniger offen homophob.

2.5 Homophobie

Homophobie, von griechisch *homós* (gleich) und *phóbos* (Angst, Phobie), bezeichnet eine soziale, gegen Lesben und Schwule gerichtete Feindseligkeit. Die tiefenpsychologische Betrachtungsweise sieht in

der Homophobie einerseits eine irrationale Angst vor Homosexualität, welche sich mit gesellschaftlich bedingtem Hass, Ekel und Vorurteilen verbindet und infolgedessen Aggression und Gewalt hervorruft. Homophobe Menschen beschäftigen sich häufig exzessiv mit Homosexualität und wollen sie bekämpfen. Die Tiefenpsychologie meint, es handle sich bei Homophobie – wie bei Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus – um eine unbewusste Angst, die eigene Identität in Frage zu stellen.

Die sich in Bürgerrechtsbewegungen organisierenden Lesben und Schwulen haben den Begriff Homophobie mit dem Begriff Heterosexismus erweitert, um damit – in Parallele zu Begriffen wie Rassismus und Sexismus – auf seine gesellschaftliche Funktion als eine ausgrenzende, soziale und kulturelle Ideologie und auf die institutionelle Unterdrückung nicht-heterosexueller Menschen hinzuweisen. Der Heterosexismus ist eine Abwehrform, die jede nicht heterosexuelle Form von Identität, Verhalten, Beziehung oder Gemeinschaft verleugnet, verunglimpft und stigmatisiert. Er gründet in einer nicht hinterfragten, gesellschaftlichen Setzung heterosexueller Lebensentwürfe und -weisen als die sexuelle Normalität schlechthin (Heteronormativität).

Laut Studien ist Homosexualität zumindest in Mitteleuropa zwar nicht mehr tabuisiert, ruft jedoch oft homophobe Reaktionen hervor, die wie folgt interpretiert werden: Laut Untersuchungen über rechts-extreme Gruppen, die Gewalt gegen Schwule ausüben und sich betont hart und männlich geben, kann die Angst vor eigenen homosexuellen Anteilen einer der Gründe für die Diskriminierung Homosexueller sein. Unterschwellige homoerotische Tendenzen, die es in allen Männerbünden gibt, würden bei diesen Männern eine "weit überdurchschnittliche Angst vor der eigenen Homosexualität" wecken.

Homosexualität stellt das gängige Männlichkeitsideal in Frage: Schwule leben angeblich ihre "weichen", weiblichen Seiten aus und verunsichern dadurch viele heterosexuelle Männer, die sich das selbst nicht erlauben. Zudem würden sich heterosexuelle Männer, die sonst vor allem mit anderen Männern konkurrieren, oft davon provoziert fühlen, dass ein Schwuler mit einem Mann intim verbunden ist. Homosexuelle Orientierungen und vor allem ein offen homosexuelles Leben stellen konservative und patriarchale gesellschaftliche Vorstellungen in Frage. Insbesondere die heterosexuelle Kleinfamilie als Keimzelle des Staates, zentrale Institution der Reproduktion und Ort der Geschlechterhierarchie wird aus dieser Sicht von Schwulen und Lesben gefährdet. Laut Untersuchungen fühlten sich dabei Männer in einer Partnerschaft mit traditioneller Rollenverteilung häufiger als Frauen davon in Frage gestellt, dass in homosexuellen Beziehungen die Rechte und Pflichten ausgehandelt werden müssen, da sie nicht einfach biologisch zugeteilt und legitimiert werden können.

Homosexualität stellt in einer patriarchal organisierten Gesellschaft zu viel in Frage, um als ein Lebensentwurf wie jeder andere akzeptiert werden zu können.

3 Historisches

3.1 Italien

3.1.1 Faschismus in Italien – Anfänge

Erst 1871 wird Italien ein geeinter Nationalstaat, in der Form einer parlamentarischen Monarchie. Schulden, eine starke Skepsis gegenüber dem Zentralstaat und ein scharfer Nord- Süd- Gegensatz prägen das Gesicht des noch jungen Landes, das von einer kleinen Elite aus dem Norden regiert wird. Während dort die Industrialisierung auf Hochtouren läuft, bestimmen im Süden die Landfrage und die andauernden Wirtschaftskrisen und Hungersnöte den Alltag.

Seit den frühen 1880er Jahren versucht sich Italien im Namen der "nationale Ehre" seinen "Platz an der Sonne" zu sichern und annektiert aus diesem Grund die afrikanischen Länder Eritrea und Somalia. Der darauf folgende Krieg gegen Abessinien (Äthiopien) endet in einem militärischen Desaster. Die hohen Staatsausgaben für Flotte und Militär führen das Land weiter in die soziale Misere. Aufgrund der ungerechten Bodenverteilung bleibt hunderttausenden italienischen Kleinbauern und Tagelöhnern nur die Auswanderung. Von 1901 bis 1911 verlassen 1.6 Millionen das Land in Richtung Übersee. 1914 wohnt jedeR vierte ItalienerIn im Ausland! Der "integrale Nationalismus", also das zivilisatorische Sendungsbewusstsein, welches Bezug nimmt auf das antike Rom und für Italien einen führenden Platz in der abendländischen Kultur reklamierte, gewinnt gegenüber dem liberalen System zunehmend an Boden. Nationalistische Kreise, Intellektuelle und die Regierung fordern ein koloniales Ausgreifen, um die sozialen Probleme zu lösen. 1912 wird das heutige Libyen besetzt, dessen fruchtbare Gebiete allerdings schon dicht besiedelt sind.

Der 1883 geborene Benito Mussolini, ehemaliger Volksschullehrer und radikaler Sozialist, wird nach verschiedenen Stationen als Propagandist und Redaktor Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialdemokraten und fordert den Kriegseintritt Italiens. Aufgrund seines integralen Nationalismus wird er aus der Partei ausgeschlossen und gründet mit Syndikalisten, Sozialisten und eigenen Anhängern die Zeitung "Il Popolo d'Italia". Als Siegermacht erhält Italien nach dem ersten Weltkrieg zwar die beanspruchten Gebiete nordöstlich von Venedig (Süd-Tirol) sowie Triest und Dalmatien, fühlt sich aber von den Grossmächten um die erhofften Kolonien betrogen.

Faschismus

1919 gründet Benito Mussolini in Mailand die ersten "fasci di combattimento", politische Kampfverbände, auch bekannt als Schwarzhemden oder Squadristen. (Fasci leitet sich vom Lateinischen "fascis" ab, jenem Rutenbündel mit Pfeil, welches die Macht der römischen Konsuln symbolisierte.) Die Schwarzhemden beginnen ihren Strassenterror gegen die Streiks der Sozialisten in Mailand 1920 und übernehmen schrittweise die Funktionen der gelähmten Staatsorgane. 1921 wird aus der revolutionären Bewegung, welche sich nebst der Agrarreform und einer Umverteilung der Kirchengüter die Unterstützung der Kriegsversehrten auf die Fahnen schrieb, der "Partito Nazionale Fascista" PNF, die Faschistische Partei. Aus Angst vor einer bolschewistischen Revolution sympathisiern das Bürgertum, ebenso die industriellen Kreise, die Kriegsveteranen und das Heer mit dem Movimento. "Direkte Aktionen" gegen sozialistische und katholische Gewerkschaften sowie "staatszersetzende" linke GegnerInnen führen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und zur Proklamation der faschistischen Revolution.

Am 28.10.1922 marschieren 26000 Schwarzhemden nach Rom, wo der König angesichts dieser putschartigen Machtdemonstration Mussolini die Regierungsbildung überträgt. Säuberungen, Intensivierung des innenpolitischen Terrors und die mittels neuem Wahlgesetz gewonnenen Wahlen führen zusammen mit dem 1926 erlassenen Verbot aller Parteien ausser dem PNF zur totalen Diktatur.

3.1.2 Die faschistische Gesellschaft

Die antidemokratische, antiparlamentarische nationale Umsturzbewegung formt einen autoritär-totalitären Einparteien- und Führerstaat. Durch die nationale Gemeinschaft sollen Klassengegensätze und Internationalismus überwunden werden. Dies erfordert von den Mitgliedern Wille, Glaube und Disziplin. Gewalt als Mittel des Überlegenen wird verherrlicht, ebenso der Duce als Führer.

Die faschistische Gesellschaft wird in einem kooperativen System zusammengefasst: eine alle gesellschaftlichen Schichten durchdringende Hierarchisierung aller Arbeitenden unter Kontrolle der faschistischen Gewerkschaften und der Partei, an deren Spitze der grosse Faschistische Rat und Mussolini, der "Duce del Fascismo" und "Salvatore d'Italia" (Retter Italiens), stehen.

1929 werden die Lateranverträge zwischen dem faschistischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet. Der Papst erhält für den Verlust des Kirchenstaates (1871) eine Abfindung und anerkennt im Gegenzug Italien. Dies ist innenpolitisch ein wichtiger Sieg der Faschisten, aufgrund dessen katholisch-konservative Kreise ihre Skepsis gegenüber dem neuen Regime ablegen. Der Katholizismus wird die "vorherrschende" Religion und für die Faschisten ein unersetzlicher Stützpfeiler.

Die faschistischen Terror- und Vernichtungskriege Im zehnten Jahr der faschistischen Machtübernahme standen die Jubiläumsfeierlichkeiten ganz im Zeichen der Verehrung des Römischen Reiches. Mittels der durch komplette Gleichschaltung der Presse allmächtigen Propagandamaschine wird der Wunsch weiter Bevölkerungsteile auf Arbeit und bescheidenen Wohlstand in der Hoffnung auf Macht, Prestige und militärischen Ruhm gebündelt. Und dadurch eine allgemeine Kriegsbegeisterung ausgelöst.

Der Besitz von Kolonien gilt den Faschisten als ebenso notwendig wie legitim. "Eine überbevölkerte Nation ohne Bodenschätze habe ein natürliches Recht auf Kompensation in Übersee", lautet die Losung. Mit der faschistischen Machtübernahme erfährt der Besatzungskrieg in Libyen einen Quantensprung. Um Platz für Siedler zu schaffen, wird die indigene Bevölkerung von den fruchtbaren Küstenstrichen in die Trockengebiete vertrieben. Ein gigantischer Landraub folgt. Im Krieg gegen den Widerstand der Berber, der vor allem auch die Zivilbevölkerung trifft, wird hemmungslos Giftgas eingesetzt. Durch die Zwangsumsiedlungen und Internierungen in Konzentrationslager verliert die Hälfte der Bewohner Ost-Libyens bis 1931 das Leben. Italien hat hier noch vor dem Spanischen Bürgerkrieg das Testfeld für neue, "moderne" Kriegspraktiken gefunden.

Der Angriff gegen Abessinien 1935 setzt die Expansionsstrategie und den "Krieg, der den Afrikanern Zivilisation und Befreiung bringt", fort. Alles mit der moralischen Unterstützung der katholischen Kirche, gemäss der einem "hungernden, kinderreichen Land ein Stück Brot nicht verwehrt werden dürfe". Im Eroberungs- und dem anschliessenden Bestzungskrieg werden über 300000 AthiopierInnen ermordet. Die systematische Auslöschung einzelner Bevölkerungsteile, der Einsatz von Massenvernichtungswaffen und der Terror gegen die Zivilbevölkerung gehört wie auch schon in Libyen zur Herrschafts- und Unterdrückungspraxis. Der Überfall wird vom Völkerbund verurteilt, die erhobenen Sanktionen werden aber beispielsweise von Nazideutschland nicht umgesetzt. Italien verlässt 1937 den Völkerbund.

1936 bis 1938 unterstützt das faschistische Italien mit seinen nun kriegserfahrenen Truppen gemeinsam mit der deutschen Legion Condor die spanischen Faschisten unter General Franco im Bürgerkrieg gegen das republikanische Spanien. 1936 nimmt mit der "Achse Berlin- Rom" ein Bündnis zur Neuordnung Europas und Ostasiens Gestalt an, welches einen faschistischen Machtblock bilden wird, dem kurze Zeit später Japan und weitere Staaten beitreten werden.

3.1.3 Italien im 2. Weltkrieg

1939 besetzt Italien Albanien. Die Adria soll wieder zum "Mare nostrum" werden. Mit der Kriegserklärung vom 10. Juni an Frankreich und Grossbritannien tritt Italien an der Seite Deutschlands in den 2. Weltkrieg ein. Es folgt der Angriff auf die französischen Alpengebiete, der Überfall auf Griechenland, die Beteiligung an der Achsenoffensive gegen Jugoslawien, der Krieg in Nordafrika gemeinsam mit dem deutschen Afrikakorps sowie die Unterstützungskorps im Russlandfeldzug. Insbesondere in Albanien kennt die Grausamkeit der italienischen Einheiten gegenüber der Bevölkerung analog zu den Kriegen in Nordafrika keine Grenzen.

Die katastrophalen militärischen Resultate lassen die Skepsis weiter Kreise gegenüber der faschistischen Traumfabrik wachsen. Die Kapitulation des Expeditionskorps in Nordafrika (Mai 1943), die Landung der Alliierten in Sizilien (Juli/ August 1943) und die allgemeine Kriegsmüdigkeit führen am 25. 7. 1943 zum Putsch des faschistischen Grossen Rates gegen Mussolini. Der König Vittorio Emanuele übernimmt den Oberbefehl und der ehemalige Gouverneur von Libyen, Marschall Badoglio, bildet eine neue konservativ-monarchistische Regierung. Am 8. September folgt der geheime Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten. Mussolini wird verhaftet und der Partito Fascista Nazionale aufgelöst. In der Folge besetzt Nazideutschland Mittel- und Norditalien.

Die radikalfaschistische Sozialrepublik von Salò Am 9. September 1943 gründet der von einer deutschen Spezialeinheit befreite Mussolini die Repubblica Sociale Italiana im Norden des Landes. Dieser neue Staat ist wohl von der deutschen Okkupation abhängig und wird Teil der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Zwangsarbeits-Logistik. Innenpolitisch ist er aber weitgehend souverän. Das neu gebildete Heer und die Guardia Nazionale Repubblicana GNR werden nicht nur zur Unterstützung der deutschen Wehrmacht- und SS-Einheiten eingesetzt. Ab 1943 herrscht in Italien ein grausamer Bürgerkrieg, im Zuge dessen insbesondere die "GNR", aber auch verschiedenste faschistische Sondereinheiten unzählige Vernichtungs- und Straffaktionen gegen PartisanInnen und deren Unterstützungsnetz in der Bevölkerung, jüdische ItalienerInnen und Flüchtlinge, Kriegsgefangene und SlawInnen führen.

Rassengesetze, Apartheid und Antisemitismus Die seit den 1910er Jahren andauernde Stationierung italienischer Truppen in Afrika und die Erfahrungen mit den seit dem ersten Weltkrieg eingegliederten slawischen Gebieten an der Adria führen zu exzessiver Angst vor einer mestizischen Gesellschaft. In der Angstvorstellung, die Schwarzen bedienten sich Frankreichs als eines trojanischen Pferdes, beschuldigte die faschistische Propaganda das Nachbarland des Verrates an der Weissen Rasse. 1937 tritt das erste Gesetz betreffend Eheschliessungen von Italienern und Schwarzen in Kraft, 1938 die eigentliche "Dichiarazione sulla razza", das Gesetz zum Schutze der Rasse. Dieses etabliert in den besetzten Gebieten ein striktes Apartheidssystem, welches in allen Bereichen des täglichen Lebens eine strikte Trennung zwischen Schwarz und Weiss zur Folge hat. In Italien selber wurde die Schaffung des "neuen, faschistischen, rassistischen Italieners" als von der jüdischen Gefahr, dem Feind in der Mitte, bedroht gesehen.

Die Rassengesetze von 1938 drängen jüdische Menschen weitgehend an den Rand der Gesellschaft (Ausschluss aus Schulen, Universitäten und staatlichen Betrieben, Verbot von Grundbesitz und freiberuflicher Tätigkeit). Ab 1940 werden alle nicht-italienischen Juden und Jüdinnen in Konzentrationslagern interniert, jene in den besetzten Gebieten nach Italien deportiert. Die vor 1938 angelegte "Judenkartei" bildet dafür die administrative Grundlage. 1942 werden alle jüdischen Menschen zur Zwangsarbeit herangezogen.

Die allgemein verbreitete Meinung, dass der italienische Faschismus nur milde antisemitisch gefärbt war und viele Juden und Jüdinnen geschützt wurden, ist falsch und wegen der mangelnden Auseinandersetzung Italiens mit seiner Vergangenheit in den Zeiten des kalten Krieges entstanden. Der Antijudaismus der katholischen Kirche war, da de facto Staatsreligion, sehr weit verbreitet.

In den Tagen nach dem Waffenstillstand vom 8. September 1943 und dem kurzzeitig entstandenen Machtvakuum gelang zwar sehr vielen jüdischen Insassen die Flucht aus den Konzentrationslagern. Sie konnten sich in den Süden oder zu den Partisanen absetzen. Die meisten aber wurden von deutschen Besatzern und italienischen Faschisten in die Vernichtungsmaschinerie geführt.

1943 erklärt die Republik von Salò jüdische Menschen zu Angehörigen einer feindlichen Nation, welche zur Deportation in die deutschen Vernichtungslager festzusetzen seien. Ab diesem Zeitpunkt werden alle Juden aus den italienischen besetzten Gebieten direkt in die Todesfabriken transportiert. Oder in das einzige Vernichtungslager in Italien in der Nähe von Triest.

3.1.4 Die ersten Nachkriegsjahre

Im April 1945 sind etliche Italienische Städte und Regionen durch die Widerstandsbewegung oder den alliierten Vorstoß befreit. Benito Mussolini wird auf der Flucht von PartisanInnen festgenommen und erschossen, die deutschen Streitkräfte in Italien kapitulieren.

Die Nachkriegsjahre sind geprägt von bürgerkriegsähnlichen Zuständen zwischen faschistischen Milizen und dem Widerstand. Eine revolutionäre Umwälzung Italiens, wie sie sich die starken kommunistischen und sozialistischen Widerstandseinheiten und breite Teile der Bevölkerung ersehnten, wird auf Druck der Alliierten verhindert. Italien soll auf gar keinen Fall in den Machtbereich des sozialistischen Sowjetblocks fallen.

Als Garanten dafür wird eine in bürgerlichen Kreisen anerkannte, konservative Führungselite benötigt, welche aus Personen wie zum Beispiel dem Kriegsverbrecher Pietro Badoglio besteht. Die kommunistische Partei setzt auf die antifaschistische Einheit (mit den Christdemokraten) und den reformistischen Weg.

Eine Entfaschisierung sowie eine Auseinandersetzung mit den Jahren des Faschismus fand in Italien nie statt. Italien sieht sich bis heute als Opfer der nazi-deutschen Aggression. Mit den Amnestiegesetzen von 1947 konnten die meisten Faschisten die Gefängnisse verlassen. Ein staatliches Register, in welchem sich jene einschreiben konnten, die die Resistenza unterstützt hatten, verkam zur Reinwaschungs-Methode für viele Faschisten. Die Jahre des Italienischen Faschismus verschwanden unter einem Mantel des Schweigens.

Aber nicht nur: die Akten der Militärjustiz zu den deutschen Kriegsverbrechen verschwanden in Aktenschränken, um den neuen Nato-Bündnispartner nicht allzu sehr zu beschämen und tauchten erst in den 1990er Jahren wieder auf. Um nicht Gefahr zu laufen die eigenen Kriegsverbrecher der Strafverfolgung auszusetzen, hielt man sich gegenüber anderen zurück.

Ganz aus dem Gedächtnis verschwunden sind die Jahre der kolonialen Kriege. Das langjährige Ersuchen Äthiopiens um einen Prozess gegen die italienischen Kriegsverbrecher wurde von den Alliierten verhindert. Die italienische Republik beanspruchte sogar noch bis in die 1950er Jahre die ehemaligen Kolonien als UNO-Protectorate und schloss das Afrika-Ministerium erst 1953.

Die Kriegsverbrechen in Libyen, Äthiopien, Albanien, Griechenland sind bis heute weder Teil der offiziellen Geschichtsschreibung noch sind sie im gesellschaftlichen historischen Bewusstsein verankert.

Neofaschistische Parteien wie das Movimento Sociale Italiano (MSI, heute Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini) sind bis heute im Parlament und regelmässig auch in den Regierungen Italiens vertreten.

3.2 Franquismus – Spanien unter der Diktatur Francos

Als Franquismus werden das System und das ideologische Fundament der Diktatur Francisco Francos in Spanien von 1936 bis zu den Wahlen 1977 bezeichnet. General Franco genoss bereits seit der Niederschlagung des asturischen Bergarbeiteraufstandes von 1934 bei der spanischen Rechten grosses Ansehen und erlangte bald nach dem Militäraufstand 1936 die Führungsrolle im Frente Nacional (Nationale Front). Dieses Bündnis aus Falangisten, Katholiken und Monarchisten hatte kein festes Parteiprogramm, sondern fusste ideologisch viel mehr auf Antikommunismus und konservativem Katholizismus als gemeinsamem Nenner. Schon zu Beginn des Bürgerkrieges liess der künftige Diktator nur wenige ideologische Perspektiven verlauten. Diese beschränkten sich auf sehr allgemeine Formulierungen, wie beispielsweise der Herbeiführung "vollständiger nationaler Einheit" oder der Einführung "strengster Grundsätze der Autorität".

Die Herrschaft Francisco Francos beruhte weitgehend auf Repression und auf der Vereinigung der meisten einflussreichen Positionen des Staates in seiner Person. Zudem betraute er bis auf Bezirksebene Personen seines Vertrauens mit der Ausführung der wichtigen Ämter. Bereits bei Ausbruch des Bürgerkrieges dominierten in den von faschistischen Truppen beherrschten Gebieten Repression, sowie Folter und systematische Verfolgung der politischen Gegner. Die Zahl der politisch motivierten Hinrichtungen beläuft sich für die Zeitspanne von 1936 bis 1944 auf bis zu 400 000 Menschen. Franco gestand der Bevölkerung praktisch keine demokratischen Rechte und keine Koalitionsfreiheit ausserhalb der staatlich kontrollierten Syndikate zu. Zudem behielt er es sich als Diktator vor, jederzeit und nach seinem Ermessen sämtliche Institutionen politischer und gesellschaftlicher Unterdrückung gegen jede Art von Opposition einzusetzen. Der franquistische Staat übertrug der Polizei und anderen Sicherheitsdiensten erhebliche Macht und Beschlussfreiheit. Besonders die "Guardia Civil" bekämpfte jahrzehntelang mit grosser Brutalität alle Versuche, unabhängige und oppositionelle Parteien oder Gewerkschaften zu bilden.

Auch wenn dies heute noch oft behauptet wird, so war die Diktatur in Spanien nicht nur auf General Franco gestützt. Dies zeigte sich vor allem, als nach Francos Tod 1975 der Franquismus noch nicht am Ende war. Denn alle wichtigen Positionen des franquistischen Staates – der Nationalrat, der Königliche Rat, die Cortes (Gerichte) und die Sicherheitsapparate – waren von Faschisten besetzt. So blieben zunächst Ministerpräsident Carlos Arias Navarro, der ausdrücklich den Franquismus weiterführen wollte und seine Regierung im Amt. Unter dem Eindruck von Massendemonstrationen und auf nachdrückliches Verlangen des Königs reichte Arias Navarro schliesslich den Rücktritt ein, was der Beginn einer Reihe von Reformen war, welche bereits 1976 die Bildung von Parteien legalisierte.

3.3 Japan

3.3.1 Der japanische Tenno-Faschismus

Der Faschismus in Japan zeichnete sich durch einen aggressiven Imperialismus sowie ein totalitäres und reaktionäres Gesellschaftsmodell aus, an dessen Spitze der Kaiser (Tenno) kultisch zu verehren war. Militär- und Industriekreise waren dabei die faktischen Machtträger. Sich selber als göttliche Rasse verstehend, beanspruchten die Japaner die Führung über alle asiatischen Rassen.

Entstehung des Faschismus Nach über 200-jähriger Isolation wird Japan 1854 durch die USA zur Öffnung seines Wirtschaftsraumes gezwungen. In der Folge wird das Land industrialisiert und modernisiert. An die Stelle des heterogenen Feudalsystems tritt ein zentralisierter Nationalstaat mit dem göttlichen Kaiser an der Spitze. Die Verstaatlichung der komplexen Glaubenswelt ab 1870 zu Gunsten des Kaiserkultes fördert die Nationalisierung und Hierarchisierung der Gesellschaft. Das Militär erhält dabei eine dominierende Stellung.

Eine Bevölkerungsverdoppelung zwischen 1867 und 1913 hilft der raschen Industrialisierung. Gleichzeitig stärken die imperialistischen Expansionskriege gegen Taiwan und Korea sowohl die Position Japans im Asiatischen Raum als auch die militärisch-industriellen Clans innerhalb der japanischen Gesellschaft.

In den zwanziger Jahren scheidet das ökonomische Expansionsmodell, unter anderem aufgrund der weltweiten Weltwirtschaftskrise. In der Folge übernehmen faschistische und chauvinistische Kreise dank der Unterdrückung der sozialistischen Organisationen die Führung eines totalitären und rassistischen Systems, an dessen Spitze Militär und Kaiser stehen, getragen durch Industrie und die Mittel- und Unterschichten. 1940 werden alle Parteien verboten und durch eine einzige Zentralorganisation ersetzt.

Gross-Ostasiatische Wohlstandssphäre Um die eigene Führungsrolle und die rassistisch begründete Überlegenheit des eigenen Volkes in Asien durchzusetzen, unabhängig von Rohstoffimporten zu werden, Absatzmärkte kontrollieren und das Reservoir an billigen Arbeitskräften ausschöpfen zu können, verfolgt die japanische Politik das Ziel, eine neue Ordnung im Grossraum Ostasien aufzubauen. 1936 wird der Antikomintern-Pakt mit Deutschland unterzeichnet, dem später auch Italien beitrifft. Darauf folgt 1940 der Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien.

Mittels antikolonialistischer Rhetorik, so der Losung "Asien den Asiaten", versucht Japan, Verbündete zu gewinnen, was in einigen Ländern (so in Thailand, Burma, Indonesien) auch gelingt. Japans rassistisch begründeter Führungsanspruch bleibt dabei aber Ausdruck für den Überlegenheitswahn und die Verachtung gegenüber Geschichte, Kultur und Sprache anderer asiatischer Gesellschaften.

1938 werden beispielsweise in Korea die koreanische Sprache und Geschichte in den Schulen verboten, ebenso die Verwendung der Sprache in der Öffentlichkeit. Die KoreanerInnen müssen sich japanische Namen zulegen und werden als Zwangsarbeitskräfte ausgebeutet. In Korea versucht Japan beispielhaft, die ethische und kulturelle Identität der ansässigen Bevölkerung zu zerstören.

Verbrechen im Vernichtungskrieg Im japanischen Vernichtungskrieg gegen China werden bei der Besetzung der Stadt Nanking gegen 300000 ZivilistInnen und Kriegsgefangene ermordet – noch 2005 in japanischen Schulbüchern als "Zwischenfall" bezeichnet. Japanische Truppen verüben systematisch Massen-Vergewaltigungen und zwingen bis zu 300000 Frauen zur Prostitution. Die "Einheit 731", eine Spezialeinheit zur Erforschung biologischer und chemischer Waffen, führt während des Krieges Feldversuche mit Pesterregern durch, denen mehrere zehntausend Menschen zum Opfer fallen. Bis heute erkennt Japan seine Schuld und Gräueltaten während des Krieges nicht an.

3.3.2 Zeittafel Japan

1854 Die USA erzwingen mit Kriegsdrohung die Öffnung Japans für Importe

1889 Verfassung, welche dem Kaiser als direktem Nachfahren der Sonnengöttin uneingeschränkte Macht kommen lässt.

- 1894/95** Der 1. chinesisch-japanische Krieg führt zur Annexion von Taiwan (Formosa) durch Japan
- 1905** Im Anschluss an den japanisch-russischen Krieg erhält Japan als Protektorate Korea und die Süd-Mandschurei (China)
- 1925** Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer
- 1926** So genannte Showa-Zeit (Kaiser Hirohito) 1927 Das Memorandum des Generals Tanaka fordert die positive Expansion: Beherrschung Asiens durch Japan
- 1931** Durch einen selbst inszenierten Zwischenfall Besetzung der an Kohle- und Gasvorkommen reichen Mandschurei und Schaffung eines Marionettenstaates
- 1933** Der Völkerbund erklärt das japanische Vorgehen in Südchina (Mandschurei) für rechtswidrig, worauf Japan diesen verlässt
- 1936** Antikomintern-Pakt mit Deutschland und später Italien
- 1936** Putsch junger Heeresoffiziere zugunsten einer militärfreundlichen Regierung
- 1937** Ein weiterer selbst inszenierter Zwischenfall führt zum Krieg gegen China. Beginn des 2. Weltkrieges in Ostasien.
- 1938** Proklamation einer Neuordnung Ostasiens
- 1938** Koreanisch wird in der Kolonie Korea verboten
- 1938** Dreiviertel des japanischen Budgets fließen in Militärausgaben
- 1940** Dreimächtepakt zur Neuordnung Europas und Ostasiens mit Deutschland und Italien
- 1941** Japanischer Angriff auf Pearl Harbor und damit Krieg gegen die USA
- 1945** Die USA werfen über Hiroshima und Nagasaki die ersten Atombomben ab. Japan kapituliert am 2. September 1945: Ende des 2. Weltkriegs

3.4 Deutschland

3.4.1 Nationalsozialismus

Der Begriff Nationalsozialismus umfasst im engeren Sinn die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland von der "Machtergreifung" der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) 1933 bis zur bedingungslosen Kapitulation 1945, welche den Zweiten Weltkrieg in Europa beendete. Im weiteren Sinn gehören die Wurzeln der nationalsozialistischen Ideologie und die Entwicklung der NSDAP seit 1918 dazu.

Ideologie und Politik des Nationalsozialismus gelten häufig als Variante des in Italien entstandenen Faschismus. Beide hatten wesentliche Merkmale gemeinsam: die hierarchische Gliederung der Gesellschaft, eine einzige zulässige Partei, Führerkult, Militarismus und aggressiver Nationalismus. Der Nationalsozialismus unterschied sich aber vom italienischen Faschismus durch seinen radikalen Rassismus und Antisemitismus. Er verfolgte mehrere konkrete Ziele: Sie lagen zunächst in der Zerstörung der Demokratie und in der Zerschlagung der organisierten ArbeiterInnenbewegung, dann in der "Lösung der Judenfrage", in der "Bekämpfung der Zigeunerplage" sowie schliesslich in der Neuordnung Europas

auf Grundlage nationalsozialistischer Herrschaft. In diesem Programm nahmen Antisemitismus und Rassismus einen zentralen Platz ein.

"Arisierung", "Volksgemeinschaft" und "Rassenhygiene" Im Namen der mythisch überhöhten Einheit der Deutschen erfolgten ab 1933 die Gleichschaltung aller gesellschaftspolitischen Bereiche, die Errichtung des Einparteienstaates und die Verfolgung von GegnerInnen des NS-Regimes. Davon betroffen waren vor allem die als minderwertig bezeichneten JüdInnen, die gemäss rassenbiologischer Kriterien der Nazis nicht der Volksgemeinschaft angehörten. Aus der Gemeinschaft ausgeschlossen waren zudem Sinti und Roma, Schwule und Lesben, Behinderte und "Asoziale". Ebenfalls dazu zählten "Volksschädlinge" – all jene, die nicht bereit waren blinden Gehorsam gegenüber dem "Führer" Adolf Hitler zu erbringen. Die NS-Propaganda unter Joseph Goebbels wurde nicht müde, mit Schlagworten wie "Du bist nichts, dein Volk ist alles!" die Eingliederung in eine opferbereite Volks- und Leistungsgemeinschaft zu beschwören. Nahezu widerspruchslos wurden die Kriegsvorbereitungen mitgetragen und im Zweiten Weltkrieg sollte die "Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes" auf "Leben und Tod verschworen" sein.

Ununterbrochen warben die Nazis für "Rassenpflege" und die "Reinhaltung des deutschen Blutes". "Die 12 Gebote zur Rassenreinhaltung" erinnerten an die biblischen Zehn Gebote und überhöhten die NS-Rassenideologie ins Religiöse. Die Reinhaltung der Rasse galt als "Ehrensache" und als Opfer für die "Ewigkeit". Das 1934 eingerichtete Rassenpolitische Amt der NSDAP verbreitete durch zahlreiche Plakate und Publikationen die NS-Rassenlehre und propagierte Körperertüchtigung und den "gesunden Menschen". Mit den anthropologischen, genetischen und eugenischen Forschungen der "Rassenhygieniker" wurden ab 1939 die als "Euthanasie" bezeichneten Morde an jenen Menschen gerechtfertigt, deren Leben nach NS-Ideologie "nicht lebenswert" war.

Dieser Ideologie der "Vermehrung und Erhaltung der Art und Rasse" entsprechend wurden die Frauen auf ihre biologischen Funktionen reduziert. Ihre oberste Pflicht war möglichst viele "erbgesunde" und "rassenreine" Kinder zu gebären. Mit anderen Worten: Die Frau war eine Gebärmachine, die Kanonenfutter produzieren sollte.

Zwischen 1933 und 1945 wurden gegen 400'000 Personen, die den rassischen Kriterien nicht entsprachen – FürsorgeempfängerInnen, Langzeitarbeitslose, "Asoziale", Behinderte und andere mehr – per Gesetz zwangssterilisiert.

3.4.2 Holocaust / Shoa

Als Holocaust (auch Shoa genannt) bezeichnet man den Völkermord an etwa sechs Millionen jüdischen Menschen während dem Nationalsozialismus sowie die Ermordung mehrerer nichtjüdischer Gruppen (beispielsweise Roma, Sinti, Behinderte und Homosexuelle). Die Nazis verwendeten den euphemistischen Tarnausdruck "Endlösung der Judenfrage".

Der Holocaust unterscheidet sich aufgrund seiner Vernichtungsziele und systematischen Durchführung wesentlich von der Verfolgung politischer GegnerInnen: Während diese nicht zwangsläufig ermordet wurden, waren die Menschen, die das NS-Regime den obengenannten Gruppen zuordnete, schon aufgrund ihrer blossen Existenz zur Vernichtung vorgesehen.

Zwar ist jedem in Deutschland der Holocaust ein Begriff, die Kenntnisse darüber sind aber bei vielen gering. Auch wenn uns dieses ungeheuerliche Verbrechen heute unvorstellbar erscheint, ist es geschehen. Wissen ist die wichtigste Waffe, mit der man Rechtsextremismus und die Holocaust-Leugnung bekämpfen kann. Man sollte nicht vergessen, dass das aktive Wegschauen die nationalsozialistischen

Verbrechen erst ermöglicht hat. Das Wissen über den Holocaust lehrt uns aber auch etwas anderes: Die "Endlösung" wurde nicht an einem Tag beschlossen, also etwa bei der Wannsee-Konferenz. Der Holocaust entwickelte sich in einem Prozess von Diskriminierung und Ausgrenzung hin zur Verfolgung und schliesslich Deportation und Ermordung einer Minderheit. Sich das vor Augen zu führen, tut in Deutschland und anderswo auch heute Not – denn Ressentiments gegen Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gibt es noch immer, und es gilt, sie zu bekämpfen.

ZwangsarbeiterInnen: zum Beispiel bei der I.G. Farben Als grösster deutscher Industriekonzern führend auf allen Gebieten der Chemie, war die I.G. Farben das am tiefsten in die Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen des NS-Regimes verstrickte Grossunternehmen. Die I.G. Farben versorgte die Wehrmacht mit Treibstoff, Sprengstoff und Giftgas. Sie beschäftigte 1944 über 83'000 ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge. Sie war Bauherrin des grossen Industriekomplexes, der 1940/41 in Auschwitz errichtet wurde und in dem die KZ- Häftlinge Zwangsarbeit verrichten mussten. Die SS-Strategie der "Vernichtung durch Arbeit" führte beispielsweise im I.G. Farben-Lager Monowitz (Auschwitz III) und in seinen Nebenlager zu 370'000 Todesopfern. Die I.G. Farben lieferte der SS ferner Fleckfieberimpfstoffe für Versuche an Häftlingen. Das Giftgas Zyklon B (das in den Gaskammern der Vernichtungslager verwendet wurde) stammte von einer von der I.G. Farben abhängigen Verkaufsgesellschaft.

Die Alliierten beschlossen bereits 1945 das Chemie-Kartell zu entflechten und das Restvermögen in die I.G. Farben i.A. (Interessengemeinschaft Farben in Abwicklung) zu überführen. Deren Aktien wurden aber bis 2002 gehandelt, eine rasche Liquidation war ebenso ausgeblieben wie angemessene Entschädigungszahlungen an die ZwangsarbeiterInnen. Die I.G. Farben i.A. meldete im Jahr 2004 Insolvenz an.

Die ZwangsarbeiterInnen gingen bis heute leer aus, während Liquidatoren und Aufsichtsräten jährlich mehrere hunderttausend Euro ausbezahlt wurde. Die I.G. Farben-Nachfolge-Unternehmen Bayer, BASF und Sanofi-Aventis (vormals Hoechst) sind heute allesamt einzeln gesehen grösser, als es das Kartell, aus welchem sie hervorgegangen sind je war.

3.4.3 Die "Stunde Null"

Die in der Anti-Hitler-Koalition verbündeten Alliierten waren ursprünglich entschlossen, nach dem militärischen Sieg über Deutschland den Nationalsozialismus vollständig auszurotten und alle Nazis vor Gericht zu stellen. Die angestrebten Ziele der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entmonopolisierung sind jedoch in der Bundesrepublik dem "Kalten Krieg" zum Opfer gefallen. Statt zum Neuanfang kam es zum Wiederaufbau. Um die Wiederherstellung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Machtverhältnisse zu garantieren, wurde ein grosser Teil der NS- Elite herbeigezogen. Während AntifaschistInnen zunehmend ausgegrenzt wurden, konnten Nazis die Kontinuität ihrer Organisationszusammenhänge sicherstellen.

Aus der Sicht grosser Teile der Bevölkerung war dies aber die Politik der Sieger nach der Niederlage – nur wenige vermochten die Besetzung Deutschlands als persönliche oder politische Befreiung von den Nazis zu betrachten. "Nachkriegszeit" wurde in Deutschland zur umgangssprachlichen Zeitbestimmung für die Jahre nach dem ebenfalls umgangssprachlichen "Zusammenbruch" von 1945 und zugleich eine Kontrastbeschreibung zur "Vorkriegszeit", an die viele nun ihr Handeln direkt anschliessen lassen – das Leben fortsetzen wollten.

Die Rolle der Kirchen Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 fiel den deutschen Grosskirchen, die als einzige nichtstaatliche Institutionen von 1933 bis 1945 ihre eigenen Organisationen bewahren konnten, eine besondere Rolle zu. Sie beanspruchten nun aufgrund ihrer volksskirchlichen Verankerung und karitativen Kompetenz eine moralische, sozialpolitische Wortführerschaft.

Dabei gestanden die Besatzungsbehörden den rasch wiederhergestellten Kirchenleitungen eine weitgehend autonome Bewältigung ihrer schuldhaften Vergangenheit zu. In eigenen Spruchkammern durften sich die Kirchen einer "Selbstreinigung" unterziehen. Viele NSDAP-Mitglieder und antidemokratische NationalistInnen wurden in der Kirche weiterbeschäftigt.

Bald protestierten die Kirchenleitungen auch gegen die alliierten Gesetze zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung, die überall als zu schematisch und zu streng empfunden wurden. Dabei beriefen sie sich auf die Interessen aller Deutschen, vertraten aber faktisch überwiegend die Interessen der TäterInnen und MitläuferInnen. Kriegsverbrechern wurden JuristInnen und Gutachten zur Seite gestellt, um diese in den Entnazifizierungsverfahren zu entlasten, bei späteren Verjährungsdebatten vorzeitig amnestieren und sozial reintegrieren zu können. Mit auf kirchlichen Einfluss ging das Straffreiheitsgesetz von 1949 zurück, das auch für 1945 untergetauchte NS-Amtsverwalter eine Amnestie bewirkte. Auch die Todesstrafe für die von den Nürnberger Gerichten verurteilten Nationalsozialisten wurde von protestantischer Seite abgelehnt: nicht aus prinzipieller Opposition gegen die Todesstrafe, sondern weil die Prozesse als alliierte "Siegerjustiz" galten.

Die kirchlichen Amtsträger solidarisierten sich damit mit den Vertretern des NS- Regimes, dessen Verbrechen sie mit ihrem Schweigen gedeckt hatten.

3.4.4 Und die Schweiz?

Was war die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg? War sie so neutral, wie sie sich gerne gibt und wie wir es bis Mitte der neunziger Jahre in der Schule gelernt haben? Heute wird diese Geschichte ein wenig anders dargestellt, die Schulbücher wurden überarbeitet

Die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg Auf massiven Druck traten 1996 die "nachrichtenlosen Vermögen" aus dem Dunkel der Geschichte ins Bewusstsein der Schweiz. Erste Untersuchungen zeigten, dass die Schweizer Banken nicht versucht hatten, die Nachfahren von Holocaust-Opfern ausfindig zu machen, welche Bargeld, Devisen und Wertsachen auf Schweizer Konten in Sicherheit zu bringen versucht hatten.

Die offizielle Schweiz musste sich – zähneknirschend – mit den unschönen Seiten ihrer Geschichte auseinandersetzen und der Bundesrat sah sich gezwungen, eine Untersuchungskommission (die "Bergier-Kommission") zu beauftragen. Diese brachte erschütternde Erkenntnisse an die Öffentlichkeit und bestätigte, was eigentlich viele schon lange wussten, aber die offizielle Geschichtsschreibung nicht erwähnen wollte: Dass es für die Nazis letztendlich nützlicher war, wenn die Schweiz ihren neutralen Schein bewahrte und weiterhin ihre Rolle als Finanzdrehscheibe und Handelspartner, insbesondere im Rüstungsbereich, spielte. Eine Invasion wäre nicht nur Zeit- und Kraftverschwendung gewesen. Durch das vitale Interesse der Schweiz, die wirtschaftlichen Kontakte mit Nazideutschland aufrecht zu erhalten, war die Schweiz ökonomisch gut zu kontrollieren.

Ende der neunziger Jahren wäre es also plötzlich möglich gewesen, eine breite und kritische Diskussion über die Rolle der Schweiz zu führen. Viele empörten sich aber lieber über den "Druck von aussen" und benutzten jede Gelegenheit, um zu betonen, dass andere Länder nicht besser gewesen seien und

man schliesslich keine andere Wahl hatte. Neben einigen durchaus (selbst)kritischen Stimmen waren in der heftigen medialen und politischen Auseinandersetzung vermehrt antisemitische Reflexe zu hören. Zudem klammerte sich ein grosser Teil der Schweiz weiter an den Mythos der Neutralität und der kollektiven Landesverteidigung. Populistische Zusammenhänge versuchten aus weit verbreiteten Ressentiments Kapital zu schlagen.

Dieser Mythos wurde bereits 1989 bei der Diamantfeier, einem Militärdéfilée, welches mit viel Pomp der Mobilmachung von 1939 gedachte, standhaft verteidigt. Das traditionelle Geschichtsbild und die patriotische Rolle der Milizarmee sollten nicht in Frage gestellt werden. Kein Wort über die florierenden Geschäfte der Banken und der Rüstungsindustrie, über die Fröntler oder über den so genannten Juden-Stempel.

Der "J-Stempel" Vor und während dem 2. Weltkrieg versuchten viele Menschen in die Schweiz zu flüchten, um sich vor den Nazis zu retten. Und die Schweiz, welche sich zwar gerne auf eine humanitäre Tradition beruft, überlegte sich nicht, wie sie diese Menschen aufnehmen und schützen könnte, sondern wie die "Flut" am besten "einzudämmen" wäre. Diesbezüglich schien es am effizientesten, das Vorgehen direkt mit den Nazis abzusprechen. Heinrich Rothmund, damaliger Chef der Polizeiabteilung des EJPD, schildert 1938 die Ziele der Schweiz gegenüber Nazideutschland folgendermassen: "Wichtig war nur zu erreichen, dass sobald wie möglich der heutige Zustand aus der Welt geschafft werden kann, wo die schweizerischen Passkontrollorgane an der Grenze prüfen müssen, ob der Inhaber eines deutschen Passes Arier oder Nichtarier sei." Aus diesen Verhandlungen ging der "Juden-Stempel" hervor. Deutschland begann alle Pässe von JüdInnen mit einem "J" zu versehen und die Schweiz führte am 4. Oktober 1938 eine Visumpflicht für "deutsche Nichtarier" ein.

3.5 Schweiz

3.5.1 Nationale Erneuerung / 1890-1919

Während Freisinn und Liberalismus den jungen Bundesstaat seit 1848 beinahe unangefochten dominiert hatten, formierte sich um die Jahrhundertwende in der Schweiz eine neue Rechte. Der Aufbau eines modernen, zentralisierten Staatsapparates und die Durchsetzung von Kapitalismus und industrieller Revolution, hatten zu tiefen sozialen Krisen und Konflikten geführt. Neben einer organisierten Arbeiterbewegung entwickelte sich ebenso ein breites Spektrum reaktionärer Ideologien und Strömungen, welche je nach Ausrichtung eine konservative Wiederherstellung oder eine autoritäre Erneuerung der Gesellschaft anstrebten.

Katholisch-konservative Kreise, reaktionäre Bauernbewegungen und mittelständische Handwerker- und Kleingewerbler beklagten den Zerfall von traditionellen Werten und forderten die Rückbesinnung auf eine mythisch verklärte Vergangenheit sowie die Wiederherstellung der alten Ordnung. Der Kampf richtete sich dabei gleichermassen gegen das herrschende Grossbürgertum wie gegen die aufkommenden SozialistInnen und wurde zunehmend mit völkischen Parolen geführt. Dem zersetzenden Einfluss der industriellen, städtischen Massengesellschaft wurde eine gottgewollte und natürliche, nationale Volksgemeinschaft gegenübergestellt. In Abgrenzung zu allem Fremden wurden angeblich ursprüngliche helvetische Tugenden beschworen und das Idealbild eines im Bauerntum verwurzelten, freiheitsliebenden Schweizertums entworfen.

In den Städten rief eine junge, intellektuelle Avantgarde zur autoritären Erneuerung der Gesellschaft auf. Die liberale Demokratie, der Gleichheitsgedanke und materialistische Weltauffassungen hätten zu

einem moralischen Niedergang geführt. In Studentenverbindungen, grossbürgerlichen Zirkeln und Offizierskreisen verbreitete sich der Glaube an eine neue, geistig überlegene Elite, deren Aufgabe es sei, gegen die Degeneration des Bürgertums und die von der Arbeiterklasse ausgehende Gefahr ins Feld zu ziehen. Eine aufrechte patriotische Gesinnung, Zucht und militärische Disziplin waren die angestrebten Ideale, welche in einem ausgeprägten Männlichkeitskult, streng hierarchischen Gesellschaftsvorstellungen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ihren Ausdruck fanden. Phantasien vom drohenden Untergang der abendländischen Zivilisation mischten sich dabei mit der Hoffnung auf einen bevorstehenden, reinigenden Umbruch.

Auch in der Wissenschaft, vor allem in Medizin und Psychiatrie, setzten sich Ideologien durch, welche von einer umbarmherzigen biologischen wie sozialen Auslese und einer natürlichen Hierarchie der Völker, Rassen und Klassen ausgingen. Rassentheorie, Eugenik und Sozialhygiene versuchten die Überlegenheit der weissen Rasse zu begründen, forderten die Ausmerzungen minderwertigen Lebens, warnten vor der Ansteckung des gesunden Volkskörpers durch Geisteskrankheiten, Sittenzerfall, fremde Einflüsse und gefährliche Klassen.

Bei einem Teil der bürgerlichen Eliten hinterliess die Mobilisierung für den 1. Weltkrieg einen eigentlichen militärischen Kult, in welchem blinder Gehorsam, kriegerische Kraft, individueller Heroismus und die im Kampf gestählte Führernatur verherrlicht wurden. Offiziere des rechten Flügels trafen sich in informellen Gruppen, pflegten die Geselligkeit und enge persönliche wie politische Verbindungen und versuchten ihren Einfluss zu verstärken. General Wille, der Oberbefehlshaber im 1. Weltkrieg, machte keinen Hehl aus seiner Bewunderung für das autoritäre Regime des deutschen Kaisers und plädierte für den Kriegseintritt der Schweiz. Der langjährige Generalstabschef Emil Sonderegger befehligte die 1918 in Zürich gegen den Generalstreik eingesetzten Truppen und engagierte sich nach seinem Ausscheiden aus der Armee in verschiedenen frontistischen Gruppierungen.

Bis weit in die politische Mitte hinein bestimmten solche Tendenzen mehr und mehr die sozialen und politischen Vorstellungen und bildeten ideologisch, personell und organisatorisch den Nährboden für die faschistischen Fronten der Zwischenkriegszeit.

3.5.2 Frontenfrühling / 1930-1935

Der 1. Weltkrieg, die russische Revolution und der Landesstreik von 1918 hatten in der Schweiz zu einer Zuspitzung der politischen Lage und einer Spaltung in zwei Lager geführt. Während die Sozialdemokraten ihre Positionen ausbauen konnten und in verschiedenen Städten sogar die Mehrheit erreichten, schlossen sich Freisinnige, Katholisch-Konservative sowie Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP) immer enger zu einem rechtsbürgerlichen Block zusammen.

An dessen Rand bildeten sich während der Streikbewegungen von 1918/19 rechte Bürgerwehren, welche häufig an der Seite von Polizei und Militär gegen die linke Arbeiterschaft agierten. Aus solchen Kampfgruppen, ähnlich gesinnten militaristischen Bündeln und reaktionären Studentenverbindungen entstanden im bürgerlichen Untergrund einflussreiche Netzwerke wie der Vaterländische Verband, welche gegen den Kommunismus hetzten, rassistische und antisemitische Parolen vertraten und den Hass auf die Demokratie kultivierten.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929, der Zusammenbruch der Export- und Landwirtschaft, grassierende Arbeitslosigkeit und die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, erschütterten den Glauben an die parlamentarische Demokratie und die liberale Wirtschaftsordnung. Genährt durch die Erfolge der faschistischen Bewegungen im Ausland, verstärkte sich der Ruf nach einer neuen Ordnung und die Sehnsucht nach einer autoritären Lösung der sozialen Probleme.

In kürzester Zeit formierte sich eine Vielzahl völkischer, rechts-konservativer und faschistischer Organisationen, welche die Übernahme der Macht in einem autoritären Einheits- oder Führerstaat anstrebten. Die Gewerkschaften und linken Parteien sollten zerschlagen werden, der Klassenkampf durch die Einführung einer korporativen Wirtschaftsordnung (d.h. eine landesweite Zwangsorganisation von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern in Branchen- und Berufskorporationen) überwunden und die sozialen Widersprüche in einer gleichgerichteten Volksgemeinschaft aufgehoben werden.

Um ihre Kampfbereitschaft und ihren patriotischen Eifer zu demonstrieren traten viele dieser heterogenen und kurzlebigen Organisationen unter der Bezeichnung "Fronten" auf und verwendeten das Schlachtbanner der alten Eidgenossenschaft mit dem durchgehenden weissen Kreuz auf rotem Grund. Mit dem so genannten Frontenfrühling 1933 drangen die neu gegründeten Parteien verstärkt in die Öffentlichkeit und nahmen in der Folge auch an Wahlen teil. Durch ihren Antikommunismus konnten sie dabei zumindest anfänglich auf Sympathien aus dem bürgerlichen Lager zählen.

Die wichtigste Organisation, der "Kampfbund Neue und Nationale Front NF", entstand 1933 durch den Zusammenschluss von zwei in Zürich gegründeten studentischen Gruppierungen. Während die Neue Front sich als elitäre Kaderorganisation verstand und sich ihre Mitglieder aus freisinnigen Akademikerkreisen rekrutierten, stammten diejenigen der Nationalen Front zum grössten Teil aus dem Kleinbürgertum und setzten eher auf eine Massenbewegung. Im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien gewann der Kampfbund 1933 in Zürich 10 von 120 Sitzen im Gemeinderat.

In den ländlichen Teilen des Kantons Bern war vor allem die 1925 gegründete Schweizer Heimatwehr aktiv, ein typisches Beispiel für völkischen Strömungen in den Bauernorganisationen. Sie kämpfte für den Schutz der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vor ausländischer Konkurrenz und betonte den Kampf gegen Juden, Geheimbünde und Linke.

Während sich die frontistischen Gruppierungen in der Deutschschweiz zum Teil einen antikapitalistischen Anstrich gaben und von einem nationalen Sozialismus träumten, trugen diejenigen in der Westschweiz stärker elitäre oder gar aristokratische Züge. Unter ihren Mitgliedern fanden sich auffällig viele Industrielle und Intellektuelle aus den besten Kreisen. In Genf erreichte die Union Nationale des schillernden Schriftstellers Georges Oltramare 1936 immerhin 10 von 100 Sitzen im Parlament.

Mit der Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung 1935 und derjenigen zum Verbot der Freimaurer versuchten die Frontisten auf nationaler Ebene Fuss zu fassen. Neben der Beteiligung an der parlamentarischen Politik stand aber vor allem die Massenmobilisierung durch Grossaufmärsche, Fahnen- und Fackelumzüge im Vordergrund. Mit Aufsehen erregenden Plakatkampagnen, demagogischen Reden und aggressiven Propagandaschriften wurde das Klima angeheizt. Frontistische Schlägertrupps griffen linke Versammlungen und Lokale an und stürmten kritische Veranstaltungen.

3.5.3 Geistige Landesverteidigung / 1937-1945

Der Erfolg der Fronten war aber nur von kurzer Dauer. Das martialische Auftreten wurde von einem Grossteil der Bevölkerung abgelehnt und interne Rivalitäten sowie das Fehlen einer nationalen Koordination führten in der zweiten Hälfte der Dreissigerjahre zu einer zunehmenden Zersplitterung. Zudem versuchten die bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokraten und Gewerkschaften unter dem Druck des Nationalsozialismus einen nationalen Schulterschluss zu erreichen und die politische Polarisierung zu überwinden. Die Sozialdemokraten verabschiedeten sich definitiv von einer revolutionären Perspektive und bekannten sich zur Armee und zur Landesverteidigung und im Friedensabkommen von 1937 einigten sich die Gewerkschaften und Arbeitgeber der Metall- und Uhrenindustrie auf einen Streikverzicht und den Verhandlungsweg.

Spätestens mit dem Kriegsbeginn und der Landesausstellung von 1939 hatte sich durch die Einbindung der Linken, die Betonung der politischen Neutralität und Eigenständigkeit der Schweiz sowie die offizielle Vereinnahmung nationalistischer Gefühle über die so genannte geistige Landesverteidigung ein neuer nationaler Konsens etabliert, welcher den Fronten zunehmend den Boden entzog und die Politik bis weit in die Nachkriegszeit bestimmte. Mit dem Landesring der Unabhängigen formierte sich um den Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler ab 1936 zudem eine neue oppositionelle Sammelbewegung, welche einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kommunismus propagierte und der sich viele enttäuschte Frontenanhänger anschlossen.

Die militärischen Erfolge der Nationalsozialisten liessen die Fronten noch einmal kurz auf einen Durchbruch hoffen. Für Aufsehen sorgte vor allem die "Eingabe der Zweihundert", in welcher einflussreiche Kreise aus Militär, Politik und Wirtschaft eine aussenpolitische Anpassung an das 3. Reich und repressive Massnahmen im Innern forderten. Zur gleichen Zeit empfing Bundesrat Pilet-Golaz Delegationen rechtsradikaler Bünde und Vertreter der faschistischen "Nationalen Bewegung der Schweiz". Zur politischen Beruhigung wurden im November 1940 sowohl die kommunistische Partei als auch die Restbestände und Neuorganisationsversuche der Fronten verboten. Die letzten frontistischen Organisationen lösten sich 1943 auf. Trotzdem existierten auch weiterhin nicht nur intensive wirtschaftliche sondern auch persönliche und politische Beziehungen zum 3. Reich und Mussolinis Italien. So traten etwa rund 800 Schweizer freiwillig der Waffen-SS bei und kämpften für ein nationalsozialistisches Europa. Die Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz wurde zwar nach der Ermordung ihres Landesleiters Gustloff in Davos vorübergehend verboten, doch gestatte man schon ein halbes Jahr später einem Mitglied der deutschen Botschaft in Bern deren Neuorganisation. Noch 1943 feierten Hunderte von Anhängern in der Zürcher Tonhalle das Erntedankfest mit Hakenkreuzfahnen, Uniformen und Hitlergruss. Vollständig aufgelöst wurden die Organisation erst am 1. Mai 1945.

Die wenigen Versuche ehemaliger Fröntler, sich nach dem 2. Weltkrieg erneut zu organisieren, scheiterten. Anpasser wie die 173 Unterzeichner der "Eingabe der Zweihundert" wurden nun öffentlich an den Pranger gestellt, offene Überläufer kamen vor Gericht. Der grösste Teil der Mitglieder aber hatte sich spätestens nach Kriegsbeginn ins bürgerliche Lager abgesetzt und versuchte den Mantel des Schweigens über die Vergangenheit zu breiten. Viele davon machten Karriere in Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Justiz. Die wenigen, welche sich weiterhin offen zu ihrer Überzeugung bekannten, zogen sich aus der Öffentlichkeit zurück, trafen sich in kleinen Zirkeln, pflegten Kontakte zu Altnazis im Ausland und versuchten ihre Ideen über Zeitschriften und Bücher zu vermitteln. Erst 1961 entstand mit der nationalen Aktion wieder eine wichtigere Gruppierung, welche auch für ehemalige Fröntler attraktiv war.

3.5.4 Kalter Krieg / 1945-1965

Nach 1945 wurden zwar allzu offen Anpassungswillige und Kollaborateure öffentlich an den Pranger gestellt oder wegen Landesverrat verurteilt, im allgemeinen Bewusstsein und in der offiziellen Geschichtsschreibung etablierte sich jedoch die Legende vom Sonderfall Schweiz, als einem letzten Bollwerk der Demokratie und Hort der freien Meinungsäusserung. Umklammert von der braunen Gefahr, habe man sich nur durch strikte Neutralität, den Wehrwillen der Aktivdienstgeneration und die aufrechte Gesinnung der geistigen Landesverteidigung seine Freiheit erhalten können und heroischen Widerstand gegen die totalitäre Barbarei geleistet.

Abgewickelt wurden die Erinnerung an die wirtschaftliche Kollaboration mit den Achsenmächten (Deutschland und Italien waren, nach Kriegsausbruch noch verstärkt, die wichtigsten Handelspart-

ner), die Rüstungsexporte und gemeinsamen Waffenentwicklungen von Bühle und Konsorten, der verdeckte Transitverkehr durch die Alpen und die ZwangsarbeiterInnen in Schweizer Tochtergesellschaften. Mit grosszügigen Dienstleistungen, Fluchtgeldern, dem Handel mit Nazi-Raubgold und den sogenannten nachrichtenlosen Vermögen festigte der Finanzplatz Schweiz seine Stellung. Schön geredet oder verdrängt wurden ebenso die "Erfindung" des J-Stempels, die Schliessung der Grenzen gegenüber jüdischen Flüchtlingen, die Fluchthilfe für ehemalige Nazigrössen und wie die breiten Sympathien für die hausgemachte faschistische Bewegung. Auch wenn alle Versuche zu einer Neugründung frontistischer Parteien scheiterten, so war die Schweiz doch ein wichtiger Stützpunkt von Holocaustleugnern und Revisionisten aller Art. Vor allem der Thomas-Verlag des späteren NA-Aushängeschildes James Schwarzenbach veröffentlichte ab 1945 einschlägige Bestseller. Vertriebe ermöglichten den Zugang zu in Deutschland verbotenen Schriften und eine ganze Reihe von Zeitschriften publizierte weiter antisemitische Hasstiraden, völkische Pamphlete, zynische Berichte über die Nürnberger Prozesse und Lobhudeleien auf die Kriegsführung der Nazis. Leute wie der Lausanner Gaston-Armand Amaudruz unterhielten eifrig Kontakte zu Altnazis und Faschisten in ganz Europa und leisteten wichtige Vernetzungsarbeit. Bis zur Herausbildung einer Neonaziszene Ende der siebziger Jahre blieben dies aber eher sektiererische Aktivitäten für einen kleinen, schrumpfenden Zirkel.

Hingegen konnten sich viele eingefleischte Antikommunisten, Frontisten und Nazifreunde in Staatsschutz, Nachrichtendiensten und Armee einnisten und dort unter dem Deckmantel des Kalten Krieges und mit offizieller Rückendeckung ihre reaktionären Ziele verfolgen. Der Kampf gegen die rote Gefahr legitimierte massenhafte Bspitzelungen, Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei. Ein ganzes Netz von obskuren Vereinen und "unheimlichen Patrioten" knüpfte Beziehungen zu rechten Geheimdienstzellen in Europa. Auch in den Wirtschaftslobbies agierten zahlreiche Personen und Gruppierungen mit frontistischer Vergangenheit als politische Scharfmacher. Das 1936 gegründete Redressement National, Sammelbecken für die mit den Fronten sympathisierenden radikal wirtschaftsliberalen bürgerlichen Kräfte, organisierte für die bürgerlichen Parteien bis in die sechziger Jahre Kampagnen gegen den Ausbau des Sozialstaates und parlamentarische Initiativen der Linken.

3.5.5 Rechtspopulismus / 1965-

Rechts von den grossen bürgerlichen Parteien bildete sich erst Mitte der sechziger Jahre wieder ein relevantes Sammelbecken. Ein typisches Beispiel ist die 1961 gegründete Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat NA (1990 umbenannt in Schweizer Demokraten). Von einer losen, fremdenfeindlichen Bürgerbewegung entwickelte sie sich bald zu einer gut organisierten rechten Kaderpartei. Ihr Aushängeschild James Schwarzenbach war bereits Mitte der dreissiger Jahre in frontistischen Zusammenhängen aktiv und galt als glühender Bewunderer des spanischen Diktators Franco. Mit medienwirksamen Auftritten, permanenten Angriffen auf die Klügelwirtschaft der "Classe politique" und fremdenfeindlichen Parolen polarisierte er die politische Diskussion und inszenierte sich geschickt als Vertreter des wahren Volkswillens.

Zentrales Vehikel für den Erfolg der NA und ähnlicher rechtspopulistischer Parteien wie der Vigilance in Genf war der Kampf gegen die angebliche Überfremdung. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Hochkonjunktur hatte die Schweiz nach dem 2. Weltkrieg begonnen, aktiv Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren. Bereits 1948 wurde mit Italien ein erstes Anwerbeabkommen abgeschlossen. Bis zur Wirtschaftskrise von 1973 wurden hunderttausende von so genannten Gastarbeitern aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland oder Jugoslawien in die Schweiz geholt und meist ohne feste Niederlassungsbewilligung im Niedriglohnbereich eingesetzt.

Unter Ausnutzung weit verbreiteter Ängste und Ressentiments wurden die ArbeitsmigrantInnen aus dem Süden zunehmend als Fremdkörper und Gefahr für die "nationale Eigenart" dargestellt und für alle möglichen gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Geschürt wurde das fremdenfeindliche Klima nicht nur von rechts. Bundesrat und Behörden ergriffen Massnahmen zur Begrenzung der Anzahl an ausländischen Arbeitskräften und Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sahen in ihnen vor allem eine leicht manipulierbare Konkurrenz und eine latente Bedrohung für die schweizerische Arbeiterschaft. Die Schwarzenbach-Initiative, welche eine drastische Beschränkung der ausländischen Wohnbevölkerung vorsah, wurde 1970 nur knapp verworfen.

Das rechtspopulistische Lager kann bis heute auf eine solide Basis zählen und mit seinen reaktionären Vorstössen die politische Agenda beeinflussen. Bei den Nationalratswahlen 1971 erreichte die neu aufgebaute Schweizerische Republikanische Bewegung einen spektakulären Erfolg, während sich die 1975 gegründete Eidgenössisch-Demokratische Union EDU mit ihren protestantistisch-fundamentalistischen Positionen in freikirchlichen Zusammenhängen fest setzte. Anfang der achtziger Jahre bescherte die Politisierung des Asylthemas der NA noch einmal politische Aufmerksamkeit und 1985 spaltete sich die Autopartei aus dem rechten Flügel der FDP ab und versuchte sich durch eine radikal anti-ökologische Agenda, rassistische Parolen und eine ultraliberale Wirtschaftspolitik zu profilieren. Die Lega dei Ticinesi ging im Tessin mit ihrem hemdsärmeligen Lokalchauvinismus auf Stimmenfang.

Ab Anfang der neunziger Jahre machte jedoch die Schweizerische Volkspartei SVP den rechten Splitterparteien zunehmend Themen und WählerInnen streitig. Unter Führung des Zürcher Flügels um Christoph Blocher vollzog die Partei eine ideologische Radikalisierung. Nationalistische und fremdenfeindliche Positionen wurden mit einer volkstümelnden Rhetorik, simplen Freund-Feind-Schemen (Polarisierung) und einer neoliberalen Wirtschafts- und Steuerpolitik verknüpft, das politische Marketing professionalisiert und über provokative Kampagnen zunehmend die politische Agenda dominiert. Sattelitenorganisationen wie die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz), der Bund der Steuerzahler oder die Rentnerpartei schöpften in verschiedenen Spektren das reaktionäre Potential ab. Damit schaffte es die Partei ihren Wähleranteil seit Anfang der neunziger Jahre zu verdoppeln und mit dem zweiten Bundesratsstz für Blocher den Rechtspopulismus in der Schweiz definitiv salonfähig zu machen.

4 Aktuelles: Neonazismus

4.1 Neonazis in der Schweiz

4.1.1 Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)

Die äusserste Rechte der Schweiz kennt verschiedene Formen, sich zu organisieren. Um zu einer vernünftigen Einschätzung bezüglich ihrer Strukturen zu gelangen, bedarf es der Unterscheidung zweier Kategorien. So tritt einerseits die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) als politische Führungskraft auf, andererseits bestehen aber auch freie Kameradschaften wie beispielsweise die Helvetische Jugend (HJ). Die verschiedenen (neo-)faschistischen Organisationen greifen aber ineinander. Da, das heisst, sie arbeiten zusammen und unterstützen sich gegenseitig aktiv. Auch personelle Überschneidungen zwischen den einzelnen Organisationsansätzen sind eher die Regel als die Ausnahme.

Die politische Führungskraft Heute stehen wir einer besser organisierten extremen Rechten gegenüber als noch vor einigen Jahren. Hatten faschistische Organisationen bis anhin nur einen beschränkten Einfluss auf das gesamte rechtsextreme Umfeld sowie generell eine kurze Lebensdauer, ist es zumindest der PNOS gelungen, sich zu einer politischen Führungskraft innerhalb der Szene zu entwickeln. Die PNOS wurde im Jahr 2000 von Sascha Kunz und Jonas Gysin gegründet. Kunz und Gysin waren davor in der neonazistischen Skinhead-Organisation Blood & Honour (siehe Erläuterungen am Textende) aktiv, welche international Rechts-Rock-Konzerte organisiert und Tonträger mit rassistischen und antisemitischen Inhalten vertreibt. 2002 stiess dann zusätzlich der Holocaustleugner Bernhard Schaub zur PNOS; z; zur selben Zeit wurde das Zwanzig-Punkte-Parteiprogramm verfasst.

Die politische Agenda Bei genauerem Blick auf das Parteiprogramm der PNOS fallen schnell die Parallelen zum Parteiprogramm der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei) auf. In wesentlichen Punkten sind beide Programme nahezu identisch. Zwar wurde das Parteiprogramm der PNOS zwischenzeitlich überarbeitet, doch die Überarbeitungen betreffen nur die gewählten Begrifflichkeiten: zum Beispiel wurde das Wort "nationalsozialistisch" im neuen Parteiprogramm durch "eidgenössisch sozial" ersetzt. Die PNOS versteht sich als "moderne nationalsozialistische Partei", welche vermehrt an den demokratischen Prozessen teilnimmt und auf parlamentarischer Ebene ihr Gedankengut und ihre Ideologie durchzusetzen versucht. Das alles mit dem Ziel, die Strukturen der bürgerlichen Demokratie zu unterwandern und diese danach aufzuheben.

Blood & Honour (deutsch: Blut und Ehre) ist ein weltweites Netzwerk von neonazistischen Skinheads, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Neonazi-Bands miteinander zu koordinieren und die nationalsozialistische Ideologie in die Skinhead-Bewegung zu tragen. Seitdem sind Personen aus dem Blood & Honour-Umfeld besonders aktiv bei der zumeist konspirativen Organisation von Konzerten und bei der Herstellung und Verbreitung von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten.

4.1.2 Neonazi-Aktivitäten in und um Zürich – eine Einschätzung

Im Kanton Zürich wurde in den letzten Jahren eine beträchtliche Zahl Veranstaltungen von Neonazis durchgeführt. Dazu zählen Aktivitäten wie Feste, Konzerte, Bildungsveranstaltungen und Aufmärsche. Zudem ereigneten sich auch mehrere Übergriffe von Neonazis auf ihnen unliebsame Personen.

Sehr beliebt bei den Neonazis sind Grillfeste. Regelmässig wurden in den letzten zwei Jahren Waldhütten oder Schützenhäuser für derartige Anlässe gemietet. In Oberrieden beispielsweise feierten am

11. Juli 2005 fünfzig bis hundert Neonazis in einer Pflanzenschulhütte. Das gleiche Szenario ereignete sich am letztjährigen 1. August in Truttikon (ZH) und am diesjährigen 1. August in Bonstetten (ZH). Jedes Mal schien es die Gemeinden und Hüttenwarte nicht zu interessieren, wer in ihren Lokalitäten feierte.

Die Schweiz erwarb sich in den letzten Jahren bei den europäischen Neonazis auch den Ruf, ein «Paradies» für einschlägige Konzerte zu sein. Dazu beigetragen hat hauptsächlich das bisher grösste Konzert in der Schweiz: Über tausend Neonazis aus ganz Europa nahmen, ungestört von der Polizei, am 10. August 2002 in Affoltern am Albis daran teil. Sechs einschlägig bekannte Bands traten an diesem so genannten "Hammerfest" auf.

Neben Konzerten und Festen gibt es auch die Bemühungen, ideologische Bildungsarbeit zu völkischem und nationalsozialistischem Gedankengut zu betreiben. Knapp drei Jahre nach dem "Hammerfest" wurde ebenfalls in Affoltern eine Schulungs-Veranstaltung mit völkischen und nationalsozialistischen Inhalten abgehalten. Dazu trafen sich mehrere Neonazis am 19. März 2005 im szenebekanntem Restaurant "Arche" zu einem Vortrag über "Wikinger und nordische Völker". Der Organisator dieser Veranstaltung, Otto Rölli, ist dem Umfeld der NAPO (Nationale Ausserparlamentarische Opposition der Schweiz), einer Organisation um den Holocaustleugner Bernhard Schaub, zuzuordnen. Er ist einschlägig bekannt und gehört zu den ehemaligen Gründungsmitgliedern der "Patriotischen Front", die 1989 mit dem Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft in Steinhausen SZ auf sich aufmerksam machte.

Immer öfters trauen sich die Neonazis auch in den öffentlichen Raum. So ist es zum Beispiel bereits zur Tradition geworden, nach den Grillnachmittagen am 1. August einen Fackelmarsch in einer nahe gelegenen Ortschaft durchzuführen. Dabei marschieren die Neonazis durch die Strassen und skandieren nationalsozialistische Parolen. Nicht selten wird auch der Hitlergruss gezeigt und "Sieg Heil" gerufen.

Auch in den Fankurven der beiden Stadtzürcher Fussballvereine sind Neonazi-Aktivitäten zu verzeichnen. Die Hardturmfront, die Hooligan-Organisation des Grashopper-Clubs Zürich, ist seit längerem Sammelbecken und Rekrutierungsort für die Neonaziszene in Zürich.

Alle diese Aktivitäten sind möglich geworden aufgrund vorhandener Strukturen und Vernetzungen. So zählen Konzerte nebst Demonstrationen und Aufmärschen zu den wichtigsten Veranstaltungen der Neonazi-Szene und spielen bei der Politisierung neuer Mitglieder eine wichtige Rolle. Musiklabel wie die "Dickwald Produktion" aus Niederhasli, die Neonazi-Konzerte organisieren und Reckrock-CDs vertreiben, oder Kleider- und Musikläden wie der "London 66" aus Schlieren spielen eine wichtige Rolle in den Organisationsstrukturen der Neonazi-Szene. Sie bieten Treffpunkte an und helfen den noch unerfahrenen Neonazis, sich zu organisieren. Solche Strukturen entstehen nicht von heute auf morgen. Oftmals stehen Leute dahinter, die schon längere Zeit aktiv sind und immer wieder probieren, ihr menschenverachtendes Gedankengut weiterzugeben.

4.2 Musik

4.2.1 White Noise

"White Noise – vermittelt rechten Terror und Gewalt – Die Musik zur Hetze im Hintergrund erschallt ..."

Musik berührt, Musik bewegt und Musik ist instrumentalisierbar – nicht erst seit heute. Vom mittelalterlichen Schmähesang gegen fremde Herrscher über die musikalische Begleitung von Staatsakten, die Marschmusik beim Armeedefilee, dem Horst-Wessel-Lied in der Hitlerjugend bis hin zu den hass erfüllten Klängen zeitgenössischer Rechts-Rock-Bands zeigt sich immer wieder: Mit Musik lassen sich

über den Lauschgenuss hinaus auch politische Inhalte vermitteln. Und obschon gerade Rockmusik lange Jahre mit (linker) Rebellion und gesellschaftskritischem Aufbegehren in Verbindung gebracht wurde, liess sich dieser Musikstil auch mit rassistischen und antisemitischen Liedtexten unterlegen und umkodieren. Und dies war erst der Anfang.

Eine traurige Erfolgsstory Bereits in den 1980er-Jahren begannen rechtsradikal gesinnte Musiker (und äusserst selten Musikerinnen) mit Street-Punk zu experimentieren. Eine wichtige Vorreiterrolle spielte dabei die Band "Skrewdriver" aus Grossbritannien. Ian Stewart Donaldson, der Leadsänger von "Skrewdriver", war Mitbegründer der rechtsextremen Organisation "Blood and Honour" und beteiligte sich am Aufbau der Terrorgruppe "Combat 18". Sein Tod im Jahre 1993 – er starb bei einem Autounfall – verschaffte der Rechts-Rock-Szene einen viel gefeierten "Märtyrer". An seinem Todestag finden auch heute noch weltweit Gedenkkonzerte statt. Beispielsweise 2005 in Brig, als eine Kamera des Schweizer Fernsehens die hässlichen Details einer solchen "Feier" ans Tageslicht brachte.

Nach der Wende 1989 war die extreme Rechte in Deutschland im Aufschwung. Neben brennenden Unterkünften von Asylsuchenden und rassistisch motivierten Morden war dies auch die Zeit der Neugründung von etlichen radikalen Rechts-Rock-Bands. Ihre Namen sprechen für sich: "Kraftschlag", "Störkraft", "Noie Werte" und "Kruppstahl" übertrumpften sich gegenseitig mit rassistischer Hetze in Liedform. Dieser Boom war zukunftsweisend. Die Entwicklung des Rechts-Rock in den letzten fünfzehn Jahren ist eine "Erfolgsstory" in zweierlei Beziehung. Einerseits ist Rechts-Rock an allen Enden am Wachsen: mehr Bands, mehr Konzerte, mehr Musikvertriebe und höhere CD-Verkaufszahlen. Andererseits stiess der Rechts-Rock in die verschiedensten Musikgenres vor. Die Vielfalt der Stile reicht von Schlager über Black Metal und Industrial bis hin zum nationalen Hip-Hop.

4.2.2 Rechts-Rock – ein Musikstil?

Rechts-Rock kann also in vielerlei Gestalt daherkommen, die Kernelemente bleiben jedoch immer dieselben: Rechts-Rock bezeichnet Musik, die nationalistische und rassistische Inhalte vermittelt. Zudem wird mit Rechts-Rock gegen Homosexuelle, Drogenabhängige und politische Gegner gehetzt und für sexistische Geschlechterrollen geworben. Nicht selten findet gleichzeitig eine Verherrlichung des Nationalsozialismus statt. Rechts-Rock – auch "Message-Rock" genannt – bezeichnet heute keinen einheitlichen Musikstil mehr, sondern jede Musik, die auf diese verbrecherischen Ansichten setzt und sie in Töne verpackt.

Wer in Liedern das Dritte Reich besingt und Textzeilen wie "Schmeisst die Kanaken aus unserem Land/ denn sonst stellen wir sie an die Wand" (Doitsche Säuferfront 1989) ins Mikrofon grölt, der bezweckt mit seiner Musik mehr als nur Publikumsunterhaltung. Solche Musik ist politisch motiviert, wie die Band "Foierstoss" in ihrem "Rebellenlied" gleich selbst formuliert: "Wir sind Rebellen mit der Gitarre in der Hand / Unsere Waffe ist der Gesang". "Rechts-Rock" hat in der heutigen extremen Rechten einen zentralen Stellenwert, seine Rolle ist äusserst vielschichtig.

Mit Musik lässt sich rechte Ideologie nicht nur inhaltlich, sondern auch emotional vermitteln. Gerade junge Menschen finden im Alltag zwischen rechtem Lifestyle, Kameradschaftsabenden, Rechts-Rock und – häufig mit Gewalt verbundenem – politischem Aktionismus Identität und Bestätigung. Konzerte sind dabei die Erlebniswelt Nummer eins, aber auch Treffpunkt für den Informationsaustausch und die Netzwerkbildung innerhalb der Szene. Und last but not least ist Rechts-Rock ein gewinnbringender Geschäftsbereich geworden. Vor allem der Vertrieb von CDs und Merchandise-Produkten wirft

viel Geld ab, das je nachdem in die Taschen von Einzelpersonen oder die politischen Kampf-Kassen rechtsextremer Netzwerke fliesst.

Konzertparadies Schweiz Als Konzertland erreichte die Schweiz für die extreme Rechte in Mitteleuropa zeitweise annähernd den Status eines Wallfahrtsortes. In den letzten zehn Jahren fanden über sechzig – öffentlich bekannte – Rechts-Rock-Konzerte mit bis zu 1500 BesucherInnen pro Anlass statt. Die Dunkelziffer dürfte bedeutend höher liegen. Beliebt war die Schweiz vor allem wegen den vergleichsweise unkomplizierten Rahmenbedingungen für KonzertorganisatorInnen und der nur zögerlich intervenierenden Schweizer Polizei. "Selbstproduzierter" Rechts-Rock hingegen war hierzulande bisher ein Randphänomen. Seit dem Rechts-Rock-Boom anfangs der 1990er-Jahre wurden gerade ein Dutzend Bands gegründet, die mehrheitlich wieder in der Versenkung verschwanden. Die vor fünf Jahren gegründete Band "Dissens" stellt mit ihrer Kontinuität deshalb eine Ausnahme dar. Ihre Liedtexte und politischen Aussagen sind hingegen repräsentativ für die Schweizer Rechts-Rock-Szene.

4.2.3 "Dissens" – der Name ist Programm

Die Luzerner Hammerskinband "Dissens" versteht sich als politische Alternative zum "Mainstream". Ihre Haltung hebe sich von der allgemeinen ab, und es bestehe eine "Meinungsverschiedenheit" in Bezug auf gewisse Themen – kurz ein "Dissens". Ihre politische Haltung ist jedoch alles andere als eine harmlose "Meinungsverschiedenheit". Die Liedtexte befassen sich mit Themen wie Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und/oder einer paranoiden Gesellschafts-respektive "Systemkritik". Auf der CD "Unser Schwur einst zu Waffe wird", werden all diese Themen angesprochen.

Nationalistische Einstellungen finden sich einerseits in der Formulierung von Wir-Gruppen, was in Redewendungen wie "Unser Schwur" oder "Ein einzig Volk von Brüdern" zum Ausdruck kommt, andererseits explizit in Aussagen wie "2000 Jahre im Kampf für Freiheit/ 1291 das Land geeint/ Invasoren tapfer bekämpft", womit ein völlig verfälschtes und glorifiziertes Geschichtsbild der Schweiz vermittelt wird. Die fremdenfeindliche Einstellung zeigt sich unter anderem daran, dass vor einer drohenden multikulturellen Gesellschaft gewarnt wird, die von "gewissen Kräften" herbeigeführt werde, wie zum Beispiel im Lied Multikultur heraufbeschworen wird. Und weiter im Takt: "Lasst uns schliessen einen neuen Pakt/ Die Zukunft unserer Rasse ist Grund genug/ Ignorieren wir nicht den Genozid unserer Art/ Erwehret euch der Invasion".

Weiter fühlen sich die Mitglieder der Band offensichtlich vom "System" verfolgt und unterdrückt, was im Kehrreim des Liedes "Was ist falsch daran" in kompakter Form zum Ausdruck kommt: "Was ist falsch daran sein Land zu lieben/ Was ist falsch daran seine Helden zu ehren/ Was ist falsch daran für seine Meinung einzustehen/ Was ist falsch daran seinen Weg zu gehen". Das wiederholte Klagen über die Unterdrückung ihrer "Meinung" macht zudem deutlich, dass es den Verfassern der Liedtexte sehr wohl bewusst war, dass sie damit mit dem Gesetz in Konflikt geraten könnten. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Statements in ihrer Schärfe und Direktheit wohl den gesetzlichen Bestimmungen angepasst wurden und somit die eigentliche Botschaft nur in abgeschwächter Form transportiert wird.

Diese Vorgehensweise ist bei vielen rechtsextremen Bands anzutreffen, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass "Dissens" hier keine Ausnahme darstellen. Die Band bleibt jedoch nicht bei der Kritik des Ist-Zustandes. Sie glaubt auch, die Lösung für die angesprochenen Probleme zu kennen. "In naher Zukunft schliesst sich die Jugend zusammen zu einem riesigen Heer. Die Unterdrückung der vergangenen Jahre fällt auf euch zurück. Der Druck der Masse wird unaufhaltsam und bringt das System zu Fall".

"Dissens" hat bisher zwei CDs veröffentlicht. Neben der bereits angesprochenen CD "Unser Schwur einst zu Waffe wird", haben sie 2001 eine selbst produzierte Demo-CD mit dem Titel "Nacht für Nacht" herausgebracht. Aufgetreten ist die Band unter anderem am "Hammerfest", das am 10. August 2002 auf einer Zürcher Waldlichtung über die Bühne ging. "Die meisten Konzerte, auf denen wir gespielt haben, waren eigentlich immer recht gut besucht. Das grösste war bis jetzt das Hammerfest 2002 in der Schweiz, wo ungefähr 1300 Besucher waren. Es waren dort aber auch wirklich ein paar Topbands", womit auch klar ist, dass "Dissens" mit ihrer auch musikalisch doch recht mässigen Qualität nicht zu den Zuschauer magneten gezählt haben dürften. (Rock Nord, Nr. 106/107).

Der letzte uns bekannte Auftritt von "Dissens" fand am 30. Juli 2005 zusammen mit der Band "Indiziert" statt. Ein Konzertbesucher zieht folgendes Fazit: "Begonnen hat Indiziert, der Auftritt war einfach nur Hammer! Nach Indiziert kam Dissens, musikalisch einfach, nur aber der Sänger hat nicht alle Texte richtig gekonnt Die Fahrt hat sich gelohnt!" (Fehler im Original). Was bei etwas genauerer Betrachtung von "Dissens" übrig bleibt, ist, dass sie es leider trotz schlechter Qualität, sowohl textlich wie auch musikalisch, wohl doch schaffen die KonzertbesucherInnen und die HörerInnen ihrer CDs derart zu beeinflussen, dass Teile der transportierten Ideologie in deren Bewusstsein hängen bleiben.

Somit dürfen "Dissens", wie auch alle anderen Rechts-Rock-Bands, keinesfalls verharmlost werden. Musik ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der rechtsextremen Lebenswelt, weshalb auch diesem Teil der Szene mit Nachdruck entgegengewirkt werden muss.